

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 36 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 28. September 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunbet), Wilhelmshöhe, Postweg 10 bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Zur Beachtung! — Der Parteitag in Nürnberg. — Schusspeisung. VIII. Von Luise Kautsky. — Die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Frauennarbeit in Preußen. Von Gh. — Das Privatrecht — Vertragsfreiheit. Von Simon Kayenlein. — Die sozialistische Frauenkonferenz in Nürnberg. — Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags in Nürnberg. — Beschlüsse der Frauenkonferenz in Nürnberg.

Aus der Bewegung: Beteiligung der Genossinnen an der Frauenkonferenz und dem Parteitag. — Verhandlungen internationaler Solidarität zur Frauenkonferenz. — Agitation im südniederrheinischen Wahlkreis. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des Wahlkreises Bochum-Belsenkirchen-Gattungen-Witten. — Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lauenburg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.

Notizen: Dienstreisefrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Reformen in der Industrie. — Aus: Der entfesselte Prometheus. Von Percy Bysshe Shelley. (Gedicht). — Zu Ende. Von K. K. — Schwur. Von Horace Traubel.

Zur Beachtung!

Technische Veränderungen zwingen uns, den laufenden Jahrgang der „Gleichheit“ mit dieser Nummer zu schließen. Die Jahrgänge unserer Zeitschrift werden künftighin von Oktober zu Oktober gehen. Zusammen mit dieser Neuerung tritt eine Veränderung des Formats der „Gleichheit“ ein, gleichzeitig aber auch eine Vergrößerung ihres Umfangs, die es ermöglicht, jeder Nummer zugleich Text „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und die Beilage „Für unsere Kinder“ beizugeben. Wir wissen, daß wir damit dringende Wünsche unserer Leserinnen erfüllen, und hoffen, daß die Genossinnen daher mit dem größten Eifer für die weitere Verbreitung ihres Organs wirken werden. Es versteht sich von selbst, daß die „Gleichheit“ in der neuen Gestalt in betreff ihres Charakters, des Zieles, das sie verfolgt, die alte bleibt, daß sie aber danach trachten wird, unter den gewandelten äußeren Bedingungen immer Besseres zu leisten.

In dem Preis des Blattes tritt keine Veränderung ein.

Mit Parteigruß
Redaktion und Verlag.

Der Parteitag in Nürnberg.

Die diesjährige Tagung der obersten Parteinstanz der Deutschen Sozialdemokratie ist zu Ende, und diese hat allen Grund, mit dem Verlauf und den Ergebnissen zufrieden zu sein. Eine schwere und eine wichtige Arbeit ist in Nürnberg geleistet worden, und sie wird Früchte tragen.

Wie ein roter Faden zog sich wieder durch die Verhandlungen in Nürnberg jene Auseinandersetzung zweier Richtungen, zweier Auffassungen des proletarischen Klassenkampfes, die unser inneres, geistiges Parteeleben seit einem Jahrzehnt beherrscht: die Auseinandersetzung zwischen dem Standpunkt des unerbittlichen, schroffen Klassenkampfes, dem das sozialistische Zukunftsideal, das Endziel als Leitstern in allem Tun voranleuchtet, und dem Standpunkt des unbewußten Kompromisses mit der bestehenden Ordnung, dem ein ebenso unbewußter Skeptizismus in bezug auf das sozialistische Endziel zugrunde liegt und gleichzeitig damit eine Überschätzung der auf dem Boden des Bestehenden erreichbaren Reformen und Verbesserungen. Die Ideenkämpfe, die um das Was und Wie der Betätigung in unserer Reihen entbrennen, sind weder die Schuld einzelner Personen, noch eine krankhafte Neufindung des Parteelebens. Im Gegenteil, sie sind ein unvermeidliches, historisch bedingtes, deshalb auch völlig normales Ergebnis unseres Wachstums. Mit ihm ist einerseits der Zulauf großer Schichten aus dem Kleinbürgertum verbunden, andererseits die naheliegende Versuchung, mit der so mächtig angewachsenen Anhängerarmee nunmehr positive, greifbare, klingende Erfolge zu erzielen. Nur eine völlig oberflächliche Vorstellung von dem Ver-

gang des proletarischen Klassenkampfes kann die Unwilligkeit, die Streitlust oder die Herrschsucht einzelner Personen in den Reihen der Sozialdemokratie, etwa der sogenannten Theoretiker, für die häufigen und leidenschaftlichen Debatten über prinzipielle und taktische Fragen verantwortlich machen. Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Bewegung, sie wächst und lernt ihre Mittel und Wege erst im Kampfe selbst zu wählen und zu erproben. Nicht in einem Buche ein für allemal, nicht in einem fertigen Rezept sind die Taktik, die Formen des Klassenkampfes von vornherein niedergelegt. Der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie unserer Meister gibt uns die Richtschnur an die Hand, — die jedesmalige Anwendung dieser Prinzipien in der Praxis müssen wir aus der Praxis selbst, aus der Erfahrung lernen. Daß dabei einzelne Fehler unterlaufen, daß die Bewegung im ganzen oder in einzelnen Teilen auf Abwege geraten kann, ist unvermeidlich und deshalb auch nicht bedauerlich. Ja, die Fehler, die daraus sich ergebenden Ideen-kämpfe können sich in ebensoviele Quellen der inneren Stärkung und Klärung verwandeln, wenn — wenn die Partei eben als Ganzes Kraft und Entschlossenheit genug besitzt, jedesmal ihre Rader wieder auf den richtigen Weg zu weisen und das Banner des unerbittlichen Klassenkampfes wieder mit starker Hand aufzupflanzen. Dies hat der Nürnberger Parteitag getan, und zwar mit mehr Nachdruck, als irgend einer seiner Vorgänger.

Der erste Gegenstand, der zu einer lebhafteren Auseinandersetzung Anlaß gegeben hat, war die Tätigkeit des Bildungsausschusses und der Parteischnule. Die Debatte wurde im Sinne jener Kritik geführt, die von dem Nürnberger Parteiblatt schon vor dem Parteitag an der Parteischnule geübt worden war, und die darauf hinausging, die Parteischnule als zentrales Organ aufzulösen und durch lokale Bildungsvereinigungen nach dem Nürnberger Muster zu ersetzen. Dabei stellte es sich mit voller Klarheit heraus, was Geistes Kind jene Kritik war, und welche Ideenrichtung sie verfolgte. Ein Artikel des von dem Nürnberger Bildungsausschuss als Hauptlehrer gewonnenen Genossen Maurenbrecher in der Parteitagsnummer der „Fränkischen Tagespost“ legte die richtenden Gedanken der geplanten Bildung klar. Der Kernpunkt dieser Gedanken war: Die Masse der Proletarier braucht nichts von der Theorie, nichts von der Werttheorie, nichts von der materialistischen Geschichtsauffassung zu wissen, die Theorie kann ihr nur schaden. Bloß die Lehrer, also in der Regel die Akademiker, brauchen die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zu kennen. Für die Masse sind Brocken allgemeiner „Bildung“: Geschichte, namentlich Lebensgeschichte „großer Männer“ und dergleichen, und möglichst viel „Stoff“ aus dem täglichen Leben gut genug. Der Parteitag erhob energischen Protest gegen die Abrihtung der Proletarier zu theoretisch ungeschulten, von den gelehrten Akademikern gelehrtammelten Werkzeugen, gegen ihre Verabundung um das Teuerste und Unentbehrlichste, nämlich die volle Einsicht in die historischen Bedingungen der eigenen Klassenbefreiung, also den wissenschaftlichen Sozialismus, gegen eine Art „Bildung“ der Massen, von der sich die deutsche Arbeiterschaft bereits vor 40 Jahren gerade in Nürnberg losgesagt hatte. Die Parteischnule kann allerdings solchen Bestrebungen nicht gerecht werden. Sie war vom Augenblick ihrer Gründung und bleibt in der Zukunft gerade die Pflanzstätte theoretischer Einsicht, sie stellt sich zur Aufgabe, gerade die streng wissenschaftliche Theorie des proletarischen Klassenkampfes den Proletariern selbst beizubringen, das scharfgeschliffene Schwert ihrer Befreiung ihnen selbst in die Hand zu drücken. Und der Parteitag hat diese Richtung der Parteischnule gutgeheißen, er hat die junge Gründung als eine Notwendigkeit und eine wichtige Bereicherung der Kämpferkammer der Sozialdemokratie anerkannt und zu weiterem Fortschreiten auf derselben Bahn ermuntert.

Zweiter Gegenstand größerer Meinungsgegenstände war die Maiseier. Hier galt es, der Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, die im letzten Jahre die ungenügenden Fortschritte der Maiseier in weiten Kreisen der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern hervorgerufen haben. Jahr für Jahr sieht die Maiseier auf der Tagesordnung des

Parteitags, und das allein zeigt, wie sehr die deutsche Arbeiterklasse an dem Maiseiergedanken festhält, wie sehr sie an der würdigen Ausgestaltung dieser einzigen internationalen Massenaktion und Demonstration mit ihren Gedanken und ihrem Herzen interessiert ist. Eine Neuerung in diesem Jahre war die erste Abmachung der beiden obersten Instanzen der Partei und der Gewerkschaften zum Zwecke der gemeinsamen Regelung der Unterstützung an die gemahregelten Opfer der Maiseier. Nach dieser Abmachung sollte die Unterstützung der Gemahregelten, also auch die Entscheidung über die Maiseier, in die Hände der lokalen Organisationen gelegt werden. In den meisten Parteiorganisationen sowie in vielen Gewerkschaftsstellern war die vorgesehene Regelung einer scharfen Kritik begegnet, die auch auf dem Parteitag ein lautes Echo fand. Nicht als ob der Generalkommission oder dem Parteivorstand im geringsten der Mangel an gutem Willen, an Eifer oder an Geschick bei der betreffenden Abmachung vorgeworfen worden wäre. Nein! Einer langen Liste von Anträgen an den Parteitag wie fast allen Reden auf demselben lag vielmehr der folgende Gedanke zugrunde: Die Regelung der Unterstützung, mag sie sein, wie sie wolle, darf nicht zum Hindernis, darf nicht zum Schwerpunkt für die Behandlung der Maiseier werden. Nur die möglichste Ausdehnung der Maiseier, die machtvolle und kraftvolle Massenkundgebung des proletarischen Willens, wie sie in einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai Ausdruck findet, vermag dem Unternehmertum genügenden Respekt vor dem Klassenbewußten Proletariat einzusößen, um es von Maßregelungen Abstand nehmen zu lassen. Eine zaghafte, unsichere, auf eine Niederlage im voraus berechnete Maiseierkampagne ermuntert im Gegenteil das prothige und brutale Unternehmertum zu Gewaltstreichen und zur Rache an der opferfreudigen Minderheit der Feiernden. Also: vorwärts zur Maiseier mit aller Frische und Kraft, unabhängig von aller Art Regelung der Unterstützungsfrage! Das war die Losung, die der Parteitag fast einmütig ausgesprochen hat, indem er den entscheidenden Teil der Abmachung des Parteivorstandes mit der Generalkommission verworfen und beide Körperschaften zu neuen Verhandlungen in dieser Frage ermächtigte. Nicht etwa gegen die Gewerkschaften richtet sich dieser Beschluß des Parteitags, wie einzelne Redner zu deuten versuchten, sondern gegen die Zaghaftheit und die Unterschätzung der Maidemonstration in beiden Lagern der Arbeiterbewegung, ebenso wie der Kampfmut und die Begeisterung für die Maiseier in beiden Lagern die große Mehrheit auf ihrer Seite haben.

Nach der Maiseier wurde über den wichtigsten und zentralen Streitpunkt der diesjährigen Tagung verhandelt, über die Frage der Budgetbewilligung. Zwei- und einhalb Tage nahm die Erledigung in Anspruch, und wenigstens von der norddeutschen Mehrheit der Delegierten wurde die Debatte mit strengster Sachlichkeit und Objektivität geführt. Gar bald stellte es sich heraus, daß die schroffsten Gegensätze in der Auffassung des Parlamentarismus im besonderen und der sozialdemokratischen Taktik im allgemeinen einander entgegenstanden. Auf der einen Seite partikularistische Überschätzung der süddeutschen „Eigenarten“, auf der anderen die Auffassung, daß es keine gesonderte bayerische, badische und württembergische Sozialdemokratie gibt, sondern eine einzige deutsche Sozialdemokratie, für die dieselben Gesichtspunkte des Klassenkampfes im Norden wie im Süden maßgebend und richtungsetzend sind. Auf der einen Seite Überschätzung der parlamentarischen Ertrungenschaften und der sozialreformerischen Konzessionen, die man von der herrschenden Klasse erringen kann, auf der anderen Seite der Standpunkt, daß bei allem Nachdruck im täglichen Kampfe um positive Ertrungenschaften und sozialreformerische Konzessionen diese doch immer an unserem Endziel gemessen und als bloße Abschlagzahlungen eingeschätzt werden müssen, die niemals unserer grundsätzlichen Opposition und unserer unverföhnlichen Feindschaft zum Klassenstaate im geringsten Abbruch tun dürfen. Auf der einen Seite die irrige Annahme, daß wir die indifferenten Massen nur durch allerlei Brocken positiver Verbesserungen für uns gewinnen können, auf der anderen Seite die Überzeugung, daß wir die Ge-

folgschaft und das Vertrauen der Massen vor allem durch unsere rückwärtslose Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung und durch unser sozialistisches Zukunftsideal gewinnen. Es waren zwei grundverschiedene Theorien des politischen Kampfes, die sich gemessen haben, zwei Theorien, die so gegensätzlich sind wie bürgerliche Reformpartei und proletarisch-revolutionäre Klassenpartei. Es ist daher kein Wunder, daß eine Verständigung sich als äußerst schwierig erwies, daß aber auch die Debatten lang und bei aller Sachlichkeit leidenschaftlich waren. Die Auseinandersetzung wurde außerdem noch dadurch ungemein erschwert und verschärft, daß die süddeutschen Genossen einen Gegensatz mehr in die Debatte hineinwarfen. Sie erklärten vom ersten Augenblick an kategorisch: was immer der Parteitag in Sachen der Budgetbewilligung gegen unsere Auffassung beschließen möge, wir fügen uns nicht. Damit wurde der prinzipielle Streit zugleich zum Streit um die Parteidisziplin, ja, um die Einheit, um den Bestand der Partei selbst. In der Tat: die Sozialdemokratie ist eine demokratische Partei, sie ist die Kampforganisation des klassenbewußten Proletariats. Als eine Massenpartei, die die Befreiung des arbeitenden Volkes durch das arbeitende Volk selbst bewirken will, muß sie naturgemäß den bewußten und klaren Willen der Mehrheit zur bindenden Richtschnur für ihre ganze Anhängerenschaft machen. Ohne Unterordnung aller Kampfgenossen vom obersten Führer bis zum einfachen Soldaten unter den Willen der Mehrheit gibt es keine proletarische Parteiorganisation, keine Sozialdemokratie. Ohne strenge Unterordnung unter den Willen der Mehrheit, das heißt der klassenbewußten proletarischen Masse, würde die Sozialdemokratie bald zum Werkzeug von Parlamentariern, Funktionären und Literaten werden, würde sie zu einer Karikatur auf eine proletarische Partei herabsinken und dem Ruin entgegengehen. In Italien und eine Zeitlang auch in Frankreich haben solche Unabhängigkeitsgelüste sozialistischer Parlamentarier und Literaten die proletarische Partei an den Rand des Verfalls gebracht. In der deutschen Sozialdemokratie war eine offene Rebellion gegen die Parteidisziplin eine neue Erscheinung. Am so mehr galt es, dem gefährlichen Beginnen den ganzen Widerstand der alten sturmerprobten Parteidemokratie entgegenzusetzen. Und dies hat der Nürnberger Parteitag getan. Unbeeinträchtigt durch die unausgesetzten erbitterten Drohungen mit Auflehnung und Spaltung nahm der Parteitag mit überwältigender Majorität die Resolution des Parteivorstandes an, die die Budgetbewilligung der drei süddeutschen Landtagsfraktionen als unvereinbar mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Partei bezeichnet und für die künftige Stellung zur Budgetfrage feste Richtlinien zieht. Daß die Resolution weder ein Mißtrauens- noch ein Tadelvotum für die Budgetbewilliger sein soll, wurde ausdrücklich erklärt. Wir erwarten, was wir wünschen, nämlich daß die süddeutschen Genossen, belehrt durch den unbeugsamen Widerstand der kompakten Parteimehrheit, Schüler an Schulter mit den bisherigen Kampfgenossen in fester Geschlossenheit und Treue wie bisher weiterkämpfen werden. Jedenfalls ist die Partei aus der ersten Krise dieser Art gestärkt, gefestigt, innerlich geschlossen hervorgegangen, als sie war. Die sozialistische Internationale, die mit Spannung auf die Verhandlungen in Nürnberg blickte, kann beruhigt sein. Die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie war: die treue alte Garde der Marxschen Lehre des Klassenkampfes und das Muster der rein proletarischen Parteidisziplin.

Nach den heißen und anstrengenden Debatten über die Budgetfrage fand der Parteitag noch Zeit, um noch drei wichtige Gegenstände zu erledigen: die Sozialpolitik, die Frage der Reichsfinanzreform und die Frage der Jugendorganisation. Der Mollenbuhrsche Vortrag über die Sozialpolitik gestaltete sich zu einem rein sachlichen Exempel auf die Richtigkeit jener Theorie des immer schärferen Klassenkampfes, die in den vorhergegangenen Debatten so glänzend gesiegt hatte. Bei dem Kapitel Sozialpolitik des neuesten Kurzes, der Blockparteien, stand wieder lebendig vor aller Augen, daß die Parole der herrschenden Parteien heutzutage immer größere Reaktion und nicht sozialpolitischer Fortschritt oder Demokratie ist, und daß allein die entschlossenste Kampfstellung des Proletariats der geschlossenen reaktionären Phalanx etwas Recht und Schutz für die Arbeitenden und Ausgebeuteten entziehen kann. Der Parteitag zog auch die richtigen Schlüsse aus dieser Situation, indem er die äußerst wichtige Resolution der Frankfurter Genossen annahm, wonach von Partei- und Gewerkschaftskreisen eine große umfassende Massenagitation zugunsten der Einführung des Neunstundentags als Vorstufe zur Erringung des Achtstundentags eingeleitet werden soll. Als ein Gegenstück und eine Ergänzung der Stellungnahme des Parteitags zur Maiseier bezeugt auch dieser Beschluß, daß die eigentliche Kraft, die dem steinigten Boden der kapitalistischen Gesellschaft sozialreformerische Früchte zu entlocken vermag, nicht in den Parlamenten liegt, sondern in den Massen, in ihrer Entschlossenheit und Kampftätigkeit.

In der Frage der Jugendorganisation hat der Parteitag eine glückliche Lösung gefunden, die sowohl den gewerkschaftlichen wie den Parteikreisen annehmbar war. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses sprach er sich für die Gründung von örtlichen Kommissionen zur Förderung der proletarischen Jugendbildung aus, zugleich aber anerkannte er das Existenzrecht selbständiger, unpolitischer Jugendorganisationen, die aus der Initiative der jungen Proletarier selbst entstehen. Der Jugendbewegung ist also freie Bahn geschaffen und die tatkräftige Unterstützung der reifen Arbeiterbewegung gesichert. Die nächste Zukunft muß zeigen, welche Formen dieses jungen Sprosses des großen Klassenkampfes sich als die lebensfähigsten und zweckentsprechendsten erweisen werden.

Endlich hat der Parteitag in der Frage der Frauenorganisation den ihm vorgelegten Organisationsvorschlag akzeptiert, die Frauenkonferenzen auch weiterhin als nützlich und notwendig anerkannt und eine Vertreterin der proletarischen Frauen, Genossin Luise Zieh als Beisitzerin in den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie gewählt. Mögen die Genossinnen überall mit regstem Eifer an die Arbeit gehen, um zu erfüllen, was die Partei von der festeren Eingliederung der proletarischen Frauenbewegung in ihren Heerban erwartet: regste Agitation unter dem weiblichen Proletariat, theoretische und praktische Schulung der weiblichen Mitglieder.

Der Parteitag klang in einem vollen Akkord internationaler Solidarität aus. Er stimmte debattelos einer Resolution zu, welche der augenblicklichen wüsten Kriegshege in England und Deutschland die Befundung brüderlicher Gesinnung des deutschen Proletariats entgegenstellt und dieses aufrecht, mit starker Hand den bedrohten Frieden zu schirmen.

So ist die getane Arbeit reichlich und ernst. Durch Kampf und Gegensätze zum festen Entschluß, zur einheitlichen Tat — das ist die geschichtlich bedingte Bahn des Proletariats im großen wie im kleinen. Der Nürnberger Parteitag hat als ein Moment des inneren Lebens und Entwicklungsganges der Sozialdemokratie die ganze Lebensfähigkeit, Entwicklungsfähigkeit und unverwundliche Kraft unserer Partei gezeigt. Sein Werk wird fördernd und befruchtend wirken — den proletarischen Massen zu Ruh, der herrschenden Ausbeutewelt zum Trutz.

Schulspeisung.

Von Luise Kautsky.

VIII.

In **Holland** ist seit 1899 der Volksschulzwang eingeführt, und seitdem datieren auch die Bestrebungen, die Gemeinden für den Unterhalt der bedürftigen Kinder heranzuziehen. Zahlreiche private Fürsorgeanstalten existierten bereits seit langem, aber es erwies sich hier wie überall, daß sie gänzlich unzureichend sind, und daß die Gemeinden ihres Amtes waltend müssen, wenn Einheitlichkeit und wirklicher Nutzen erzielt werden soll. Die Privatanstalten zur Fürsorge für bedürftige Schulkinder sind oft aus Mangel an Mitteln gezwungen, die Zahl der Nationen einzuschränken. Oft gewähren sie nur viermal, dreimal, ja gar nur zweimal wöchentlich eine Mahlzeit und haben dennoch immer mit Defizit zu kämpfen.

In **Dänemark** wurde am 23. Mai 1902 ein eigenes Gesetz über die Schulspeisung erlassen. Wir entnehmen dem Wortlaut desselben der gebotenen Kürze halber nur einige wichtige Stellen. 1. Das in den Schulküchen auf Kommunalkosten zubereitete Essen soll in der betreffenden Schule den Schülern gewährt werden, deren Verhältnisse im Elternhause nach Ansicht der Kommunalverwaltung es erfordern; diese Speisung soll nicht als Armenunterstützung gelten. 2. Die Kommunalverwaltung kann den Vereinen zur Speisung armer Schulkinder in den Monaten Dezember bis März einen Beitrag gewähren, doch darf derselbe den Betrag nicht übersteigen, den die privaten Kreise selbst in diesem Zeitraum aufbringen. Die Ermächtigung zur Ausweitung größerer Beiträge aus der Kommunalkasse wird für die Landgemeinden nur vom Amtsrat erteilt, für Kopenhagen und die übrigen Städte nur von dem Minister des Innern.

In der Reichstagsession 1906 bis 1907 legten die Sozialdemokraten einen neuen Gesetzesentwurf vor, der den zweiten Teil des Gesetzes von 1902 abänderte. Sie forderten, daß „die Schulkommissionen, respektive die Schulkommissionen in jeder öffentlichen Freischule in den vier Wintermonaten für warmes Essen für jedes Kind sorgen. Für arme Kinder erfolgt die unentgeltliche Speisung sogar dann, wenn die Eltern nicht darum ersuchen, sondern wenn Lehrer oder Lehrerinnen oder sonstige Behörden sie für notwendig erachten. Nie darf die Speisung als Armenunterstützung betrachtet werden. Die Ausgaben für die unentgeltliche Speisung sowie für die Einrichtung der notwendigen Küchen und Speiselokalitäten werden den Gemeindefassen zur Last gelegt. Die Hälfte dieser Ausgaben soll den Gemeinden aus dem Schulfonds der Staatskasse zurückerstattet werden. Dieses Gesetz tritt im Dezember 1907 in Kraft, und es wird dadurch der zweite Teil des Gesetzes von 1902 annulliert.“ Der sozialdemokratische Änderungsantrag wurde einer Kommission zu weiteren Erhebungen überwiesen.

Ein Blick auf die Schulspeisung in Dänemark zeigt augenblicklich folgendes Bild: In sämtlichen Freischulen Kopenhagens, deren Zahl 25 mit 32563 Schülern beträgt, ist die Speisung eingeführt. Offiziell erfolgt sie durch einen privaten Verein, dem die Kommune 25 000 dänische Kronen (1 Krone gleich 1/2 Mark) beisteuert. Im Winter 1906 bis 1907 wurden 9146 Kinder von Anfang Januar bis Ende März täglich mit zwei warmen Gerichten gespeist. Die Gesamtausgaben hierfür beliefen sich auf 38 300 Kronen. Die Kommune gewährt allen Schulküchen Lokalitäten, Beleuchtung und Heizung unentgeltlich.

In den Gemeinden der Provinz wird in verschiedener Weise für die notleidende Schuljugend gesorgt. Die Kommunalverwaltung der drei Gemeinden Hørsholm, Torshøj, Vejle hat allein, ohne Mithilfe von privaten Vereinen, die Speisung in die Hand genommen. In den acht Gemeinden Helsingør, Solbæk, Ryløbing auf Falster, Viborg, Aarhus, Horsens, Silkeborg, Esbjerg gewährten die Gemeinden Geld und Lokalitäten usw. solchen Vereinen, die die Schulküchen übernahmen. Die Verwaltung von weiteren elf Gemeinden stellte unentgeltlich Lokalitäten, Feuerung, Licht usw. für die Vereine, die ihrerseits für die Speisung sorgten. Es erwachsen den 22 Gemeinden infolge ihrer verschiedenen Maßregeln insgesamt 88 092 Kronen an Unkosten, und 6517 Kinder erhielten täglich teils zweimal warmes Essen, teils eine Mahlzeit, teils auch nur Milch und Brot. In Dänemark wurden also im Winter 1906 bis 1907 zusammen 15 883 Kinder gespeist, die Aufwendungen für diesen Zweck beliefen sich auf 76 482 Kronen. Bei den 22 in Betracht kommenden Kommunen handelt es sich um 19 städtische und 3 Landgemeinden.

Aber die Schweiz liegt uns detailliertere Berichte zu dieser Frage nicht vor. 1895 wurde eine Enquete veranstaltet, derzufolge es 3900 Schulen mit etwa 475 000 Schülern gab. Von 26 504 Jünglingen, die in der Schule aßen, wurden 24 566 unentgeltlich gespeist. 82 Schulen gaben das ganze Jahr, 609 nur im Winter eine Mittagsmahlzeit. 14 815 Schüler mußten bis zu einer Stunde weit in die Schule gehen, 2463 mehr als eine Stunde. Einem guten Ansatze zur sozialen Fürsorge für die Kinder begegnen wir in der Schweiz in der Einrichtung, daß Kinder, die mit nassen Schuhen und Strümpfen in die Schule kommen, dort trockene Strümpfe und Pantoffeln erhalten. Während der Unterrichtsstunden werden die Sachen getrocknet, und das Kind kann, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen, wieder heimkehren. Doch liegt in der Schweiz die Ernährung und Bekleidung der Schulkinder fast überall in privaten Händen und wird von kommunaler und kantonalen Seite bloß mit Geldmitteln unterstützt. Ein Teil der hierfür aufgewendeten Summen wird aus dem Ertrag der Steuer auf den Alkohol gewonnen.* Eine Ausnahme macht Zürich. Einer Denkschrift zum sozialdemokratischen Kommunaltag in Zürich, 23. bis 24. Mai 1908** entnehmen wir, daß im Jahre 1907 während der Wintermonate auf Kosten der Stadt 8589 Kinder mit Suppe, Brot und Zulage zu Mittag gespeist wurden und 715 Kinder Frühstück erhielten. Diese Speisung kostete Zürich 47 745 Fr. Die Stadt verausgabte außerdem 26 300 Fr. für Jugendhorte, in denen an den Nachmittagen unter der Obhut eines Lehrers sich solche Kinder aufhalten können, die zu Hause keine Aussicht haben. Die Kinder bekommen dort ein aus Brot und Milch bestehendes Abendbrot. 778 Kinder wurden 1907 in dieser Weise beaufsichtigt und versorgt. Außerdem wurden in Zürich während der Sommerferien Milchkurzen durchgeführt, in denen 951 Kinder während drei Wochen täglich zweimal Milch und Brot erhielten. 1907 betrug die Kosten dafür 4787 Fr. In der Rubrik „Sozialpädagogische Fürsorge“ finden wir überhaupt zahlreiche Posten, die wir gern in allen Gemeindebudgets aufgenommen sähen. Daß sie in dem Etat der Stadt Zürich stehen, ist dem kräftigen Anstöße zu verdanken, den die sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Zustimmung der übrigen Bevölkerung der Kommunalpolitik gegeben hat. In den übrigen Kantonen bemüht man sich nach Kräften, dem Beispiel Zürichs nachzuahmen; Ziffern über das, was geleistet wurde, liegen uns nicht vor.

Wir möchten diese Studie mit einem Blick nach dem hohen Norden abschließen.

Unsere tapferen finnischen Genossinnen hielten in Helsingfors am 9. und 10. Februar 1908 eine Konferenz ab, auf der 22 sozialdemokratische Frauenorganisationen durch 36 Delegierte vertreten waren. Es wurden die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden erörtert und dabei auch die Einrichtung von Schulküchen gefordert. Es wurde beschlossen, die Forderung mit dem Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über den allgemeinen Schulzwang zu verbinden und gleichzeitig für die gründliche Neugestaltung des Schulwesens einzutreten. Unsere Genossinnen bekundeten also auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik dieselbe klare grundsätzliche Klarheit der Erkenntnis, die sie in der Frage des Frauenstimmrechts betätigt haben. Sie weisen von Anfang an die bei den Bürgerlichen aller Schattierungen so beliebten Palliativmittelchen zurück, und den Blick fest auf das Ganze gerichtet, stellen sie sogleich die weitestgehenden grundsätzlichen Forderungen.

Wie erbärmlich sticht davon das Verhalten der herrschenden Klasse in Österreich ab, wo dieses Jahr zur Feier des 60-jährigen Regierungsjubiläums Franz Josefs I. der Ministerpräsident der Öffentlichkeit „eine große Fürsorgeaktion für das Kind“ empfahl. „Der patriotischen Opferseligkeit und dem

* E. Vind, L'alimentation et le Vêtement des enfants en âge d'école. Brüssel.

** Der Gemeindefortschritt der Stadt Zürich, 4. Hefen, Zürich, 1908.

Gemeinsinn der österreichischen Völker," so erklärte er, "eröffnet sich damit ein weites Gebiet der Betätigung. Indem der Staat seine Fürsorge dem Kinde zuwendet, sorgt er auch für seine eigene Zukunft; aber so groß auch sein Interesse am Schicksal des Kindes ist, so wenig vermag er trotz der Fülle seiner Nachtmittel hier unmittelbar einzugreifen." ...

"Mit der Alters- und Invaliditätsversicherung wird das Werk der sozialen Versicherung, soweit es auf den Staat ankommt, zum Abschluß gelangen. Für das Kind aber verfügt der Staat über solche Mittel der Fürsorge nicht. Er kann nur anregen, leiten, organisieren." ...

Der ministerielle Aufruf schließt in der üblichen Weise, indem der Bettelstapel geschwungen und den edlen Spendern die verdiente Belohnung durch Veröffentlichung ihrer Namen in Aussicht gestellt wird. Klipp und klar wird also hier gesagt, daß der Staat die Mittel nicht hat, das Übel an der Wurzel zu packen. "Für Gefängnisse hat der Staat immer Geld, für eine ausreichende Vorsorge, daß dem Elend und Verbrechen beizugehen die Opfer entrisen werden, hat er keine Mittel," so bemerkte treffend die "Wiener Arbeiterzeitung" zu diesem Erlaß. Und ein gut bürgerlicher Arzt, der die Gelegenheit dieses Erlasses benutzte, um für ein von ihm schon längst erstrebtes, unumgänglich notwendiges Kinderhospital bei einem verehrlichen Publikum zu betteln, brach in die Klage aus: "Wie oft mußte ich beim Anblick kranker Kinder denken: Armer Junge, wir kurieren dich, so gut wir können, wir betteln für dich bei guten Menschen — aber der Staat kümmert sich um dich erst, wenn du kriegsdiensttauglich geworden; bis dahin hat er für dich nichts übrig."

Zu 50 Zentimes täglicher Erhaltungskosten für einen Hund verurteilte ein belgischer Richter einen Mann, der sein Tier nicht genügend nährte. Sollte da der Staat nicht instande sein, 88 Zentimes für die Erhaltung eines Kindes täglich aufzuwenden? rief Genosse Wind aus, als er die obligatorische Schulpflicht für ganz Belgien forderte.

Wohl preßt die Staatsgewalt dem Arbeiter von seiner frühesten Jugend an den sauer erworbenen Verdienst in Gestalt von direkten und indirekten Steuern ab, wohl nimmt sie ihm seine schönsten kraftvollsten Jahre, um ihn in ihren Militärdienst zu zwingen; wenn aber derselbe Arbeiter, der alle Werte produziert, von dieser Staatsgewalt verlangt, sie solle ihm sein Kind mit den ihm abgenommenen Steuer Groschen ernähren helfen, so schreit die bürgerliche Gesellschaft Jetermordio. Auf seine Forderung antwortet sie mit dem Vorwurf, der Proletarier sei unmoralisch und kenne kein Verantwortlichkeitsgefühl als Vater. Hinter der Staatsgewalt, die den Kindern nicht helfen kann, stehen die bestehenden, die herrschenden Klassen, die nicht helfen wollen. Daß erweist recht deutlich das Verhalten des Berliner Kommunalrats in der Frage. Dieselbe Berliner Stadtverordnetenversammlung, die nach endlosem Heilschen ganze 25000 Mk. zur Speisung der hungernden Schüler bewilligte, hat es fertig gebracht, die Frage der Schulpflicht zu einer Armenunterstützungsfrage zu machen. Mit 48 gegen 30 Stimmen beschloß sie, daß von nun an die Eltern der nahrungsbefürchteten Kinder sich an das Armendepartement zu wenden hätten. Trotz schärfster Gegenwehr der sozialdemokratischen Fraktion und eines Teils der Linken, der noch nicht alle Scham verloren hatte, wird in Berlin von nun an die Armenverwaltung in der Sache zu entscheiden haben. Die bürgerliche Presse fand diesen Beschluß ganz in der Ordnung, brach in ein Jubelgeheul aus und konnte sich nicht fassen vor Freude darüber, daß durch die betreffende Bestimmung vielleicht wieder eine erkleckliche Anzahl "Koter", "Unzufriedener" politisch mundtot gemacht worden sei. Der Proletarier geht als Armenunterstützter seines Wahlrechts verlustig, oder aber er muß seine Kinder hungern lassen. Und wie entrüstete sich die Welt der "Gutgesinnten" bei dieser Gelegenheit wieder über die Mütter, diese gegen ihre eigenen Kinder gleichgültigen Weiber, die aus purer Trägheit verlangen, daß der Staat, die Gemeinde ihre Kinder füttere! Die Bourgeoisie besitzt die Unverfrorenheit, der armen geplagten Proletarierin zum Vorwurf zu machen, was das Verbrechen der kapitalistischen Ausbeutung ist, welche die Mutter früh morgens vom Herde zum Frondienst in die Fabrik reißt oder sie als elend entlohnte Heimarbeiterin zur Vernachlässigung von Haushalt und Kindern zwingt, denn sie muß ja zu des Mannes kargem Verdienst noch einige blutige Groschen hinzu verdienen. Wo bleibt der Vorwurf des mangelnden Verantwortlichkeitsgefühls, der Faulheit, der Liederlichkeit, der Gleichgültigkeit, mit dem man die Arbeiterfrau so reichlich bedient, der Bourgeoisie gegenüber, die keinen Moment zögert, wenn ihr die Erziehung ihres Kindes auch nur die geringste Schwierigkeit bereitet, dieses in Pensionen, Internate, Landziehungsheime zu geben und so alle mütterlichen Verpflichtungen auf andere abzuwälzen?

Aber alle Schmähungen, alle Einwände gegen die Forderung sozialer Fürsorge für die Schulkinder dürfen die Proletarierinnen nicht veranlassen, im Kampfe für die Verwirklichung unserer Forderungen zu erlahmen. Sie müssen vielmehr mit aller Energie für das Ziel wirken, das Klara Zetkin und Heinrich Schulz in ihren Leitfäden über die Volks-erziehung (Mannheimer Parteitag) folgendermaßen formuliert haben: "Nicht minder wichtig ist die unentgeltliche Verpflegung in allen öffentlichen Schulen, da nur bei genügend genährtem Körper ein körperliches und geistiges Arbeiten möglich ist. Auch die Einbeziehung der Kinder der Wohlhabenden in die schlechte aber nahrhafte öffentliche Verpflegung ist für diese körperlich und seelisch nur ein Vorteil und bewahrt außerdem die öffentliche Verpflegung vor dem Odium des Almosens."

Darum, Genossinnen, seid unermüdetlich in der Agitation für diese Ideen. Verabsäumt keine Gelegenheit, sie unter die Massen der proletarischen Frauen zu tragen. Sorgt dafür, daß in die Parlamente und Kommunalvertretungen Männer entsendet werden, welche die in Frage kommenden Reformen mit Nachdruck und Treue vertreten. Erweckt die Frauen zum Interesse an allen öffentlichen Angelegenheiten, indem ihr ihnen beweist, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten und die ihrer Familie sind. Die vorliegenden Beispiele zeigen, was sogar vereinzelt Außer im Streit in einer öffentlichen Körperschaft wirken können. Mögen sie die Genossinnen anspornen, nach ihren Kräften dazu beizutragen, daß in jeder Gemeinde unsere Vertreter sich mehrern, unsere Ideen durchbringen, unsere Stimmen den Ausschlag geben, wenn es gilt, dem proletarischen Nachwuchs die körperliche und geistige Kraft zu stärken und ihn dadurch zu befähigen, die Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle aufzubauen und zu tragen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Frauenarbeit in Preußen.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen haben in diesem Jahre ein besonderes Interesse für uns deshalb, weil sie ausführlichere Mitteilungen über die Überarbeit in den Werkstätten der Kleider- und Wäsche-Konfektion enthalten. Bekanntlich hat eine kaiserliche Verordnung im Jahre 1897 die §§ 135 bis 139 und den § 139b der Gewerbeordnung, also die Schutzbestimmungen für die in den Fabriken beschäftigten Kinder und Arbeiterinnen, mit einigen Änderungen auf die Werkstätten ausgedehnt, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidern, Frauen- und Kinderkleidung sowie von weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt. Sieben Jahre später dehnte eine zweite kaiserliche Verordnung den Kreis der Werkstätten, auf die jene Schutzbestimmungen Anwendung finden, weiter aus. Die Schutzbestimmungen sollten auch für die Werkstätten gelten, in denen Frauen- und Kinderkleidung auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder bearbeitet wird, ferner für die Werkstätten, in denen Frauen- und Kinderhüte befestigt werden. Die Verordnungen haben aber den Betriebsleitern das Recht eingeräumt, an 60 Tagen im Jahre die Arbeiterinnen über 16 Jahre bis zu 18 Stunden beschäftigen zu dürfen.

Die Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten ergeben nun, daß die Überarbeit in verhältnismäßig viel Betrieben und meistens an den Sonnabenden üblich ist. Eine genaue Angabe darüber, wie viele Arbeiterinnen Überarbeit leisten müssen, ist freilich unmöglich. Denn es fehlt jede ernsthaftige Kontrolle darüber.

Die Verordnungen schreiben freilich vor, daß die Betriebsleiter jeden Tag, an dem sie Überstunden machen lassen, auf einer Tafel vor Beginn der Überarbeit eintragen und daß sie die Tafel an einer in die Augen fallenden Stelle der Werkstätte aushängen sollen. Wie es mit dieser Art von Kontrolle in der Praxis aussieht, dafür einige Belege aus den Berichten. Regierungsbezirk Königsberg und Allenstein: Die Kontrolle darüber, ob in Wirklichkeit nur an 60 Tagen im Jahre Überarbeit stattfindet, ist sehr schwer, da die Geschäftsinhaber in vielen Fällen nur dann Vermerke auf die Kalendertafel machen, wenn sie eine Revision oder eine Anzeige durch die Arbeiterinnen fürchten. — Landespolizeibezirk Berlin: Die jegliche Einrichtung der Verzeichnisse bietet keine Gewähr für eine wirksame Kontrolle. — Regierungsbezirk Hildesheim: Die Kontrolle der Überarbeit durch die vorgeschriebene Überarbeitstafel hatte Schwierigkeiten. Denn ob die Eintragung der Überarbeit überhaupt gemacht worden war, ließ sich im allgemeinen nur durch eine Revision während der Überarbeit ermitteln. Da der Gewerbeaufsichtsbeamte aber vorher von der Überarbeit nicht benachrichtigt wird, ist es mehr oder weniger Zufall, wenn er gerade während der Überarbeit den Betrieb besichtigt. An den aushängenden Tafeln konnten die Beamten öfters nicht erkennen, ob die Überarbeitstage für das ganze Jahr eingetragen waren. — Regierungsbezirk Arnberg: Die Kontrolle in den Konfektionswerkstätten ist sehr schwierig. Die Tage, an denen die Arbeiterinnen Überarbeit leisten müssen, tragen in vielen Betrieben die Unternehmer nicht rechtzeitig auf der Kalendertafel ein. Daher ist es kaum möglich, die Zahl der Überarbeitstage zu ermitteln. Ebenso läßt sich nur ausnahmsweise feststellen, ob die Arbeiterinnen an den Tagen, an denen Überarbeit eintritt, nicht länger als bis 10 Uhr abends arbeiten müssen. Denn die Beamten können nicht nach 10 Uhr abends in die Wohnhäuser, in denen die kleineren Betriebe sich befinden, eindringen.

So viel haben aber die Beamten festgestellt, daß sehr oft die Betriebsleiter ihre Arbeiterinnen zur Überarbeit zwingen, ohne daß ein wirklich dringender Grund für sie vorliegt. Da Überarbeit so leicht möglich ist, greifen viele Betriebsleiter zur Überarbeit, um einer Kundin ein Kleid oder einen Hut sofort zu liefern. Die Konkurrenz zwingt dann oft genug auch solche Unternehmer, die von der Überarbeit gar nicht erbaut sind, zu derselben rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiterinnen. Und dies kommt um so häufiger vor, weil vielfach die Arbeiterinnen, die in einem festen Wochen- oder Tagelohn stehen, die Überarbeit ohne jede Entschädigung oder gegen das Versprechen leisten müssen, daß sie in der stillen Geschäftszeit kurze Ferien unter Fortbezug des Lohnes machen dürfen. Hier zeigt sich, wie notwendig es wäre, daß unsere Gesetzgebung — um das neueste Vorbild zu erwähnen — dem guten Beispiel des Arbeiterinnen-

Schutzgesetzes für den Kanton Bern folgte. Denn dieses Gesetz verpflichtet die Unternehmer, für alle Überarbeit einen besonderen Lohn zu zahlen, der wenigstens 25 Prozent höher als der gewöhnliche Lohn sein muß, und den Arbeiterinnen mit festem Wochen- oder Tagelohn jedes Jahr Ferien zu gewähren.

Das Beste aber wäre das unbedingte Verbot der Überarbeit, das hier ganz gewiß notwendig und durchführbar ist. Jede Halbheit führt in diesen Werkstätten zu schweren Mißständen, weil leider noch viele der beteiligten Arbeiterinnen aus Mangel an Aufklärung die schrankenlose Ausbeutung unterstützen, die sich gewissenlose Unternehmer erlauben. So beschwert sich der Berichterstatter über den Regierungsbezirk Minden: Die Feststellung, ob und inwieweit in den einzelnen Fällen unzulässige Überarbeit vorliegt, wird den Beamten durch das Verhalten der Arbeiterinnen, die auf Befragen meistens entweder gar keine oder keine wahrheitsgemäßen Antworten geben, sehr erschwert. Ebenso führt der Berichterstatter über den Regierungsbezirk Hildesheim an, daß Befragungen der Arbeiterinnen, ob Überarbeit vorgekommen sei, ein genügendes Ergebnis nicht zu haben pflegen. Selbst in einer Stadt wie Berlin machen die Arbeiterinnen erfahrungsgemäß häufig erst dann der Wahrheit entsprechende Aussagen, wenn sie unter dem Zeugeneid vernommen werden."

Wie viel Arbeit hat hier unsere Aufklärung noch zu leisten! Um aber eine Umgehung des Verbots der Überarbeit zu verhindern, muß auch die Mitnahme von Arbeit nach Hause verboten werden. Schon jetzt macht sich in einigen Bezirken dieser Ubelstand bemerkbar. Endlich müssen die Schutzvorschriften ausdrücklich auf die sogenannten Lehrfräuleins und auf die Arbeiterinnen ausgedehnt werden, die auch beim Verkauf im Laden mithelfen. Denn so lange das nicht der Fall ist, finden Betriebsleiter Vorwände zu Ausreden, um die Schutzvorschriften zu umgehen.

Endlich müssen wir uns gegen den Vorschlag einiger Berichterstatter wenden, daß die Revisionen der Werkstätten in der Hauptsache der Polizei überlassen bleiben sollen. Als Grund hierfür wird angeführt, daß die Revisionen verhältnismäßig einfach sind und die Gewerbeaufsichtsbeamten ihre Zeit besser für ihre schwierigeren Aufgaben verwenden können. Diese Gründe sprechen aber nur für die Erfüllung der alten Arbeiterforderung, daß den Gewerbeaufsichtsbehörden Hilfsbeamte aus den Reihen der praktisch erfahrenen Arbeiter und Arbeiterinnen beigegeben werden. Diese sind viel besser geeignet, solche Besichtigungen vorzunehmen, als die Polizeibeamten.

Im übrigen bestätigen die Berichte, daß noch immer die Arbeiterinnen sehr oft in den verschiedenen Betrieben weit über das zulässige Maß ausgebeutet werden. Die Schuld hieran liegt an der gegenwärtigen Klassenwirtschaft, die zwar sehr scharf gegen die umstürzlerischen Arbeiter, dagegen sehr entgegenkommend gegen die ihre Arbeiter ausbeutenden Unternehmer ist. Obgleich es bereits unzweifelhaft feststeht, daß Arbeiten wie Heben und Tragen schwerer Lasten sowie das stundenlange Treten der Maschinen dem weiblichen Organismus ganz besonders schädlich sind, wird das Verbot, die Arbeiterinnen zu derartigen Arbeiten zu verwenden, noch immer nicht allgemein durchgeführt. Genau so verhält es sich in vielen anderen Beziehungen. Besser wird es nur in dem Maße, in dem sich auch die Arbeiterinnen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anschließen und deren Druck auf unser öffentliches Leben verstärken.

Das Privatrecht. — Vertragsfreiheit.

Das Recht zerfällt in zwei große Gebiete: Privatrecht und öffentliches Recht. Das öffentliche Recht regelt die Beziehungen des Menschen zu den mit zwingender Gewalt ausgestatteten Verbänden und die Beziehungen dieser Verbände untereinander. So umfaßt es das Staatsrecht, das Verwaltungsrecht, das Recht der Gemeinden und der Kommunalverbände, der Kirchen, umfaßt Völkerrecht, Strafrecht und Prozeßrecht. Es trägt in der Hauptsache zwingenden Charakter, wenn auch Ausnahmen vorhanden sind. So ist zum Beispiel die Ausübung des Wahlrechts, die Annahme der meisten Ämter freiwillig.

Das Privatrecht regelt die Beziehungen der einzelnen Personen zueinander, soweit sie nicht den Vorschriften des öffentlichen Rechts (zum Beispiel des Strafrechts) unterliegen. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Vermögens- und Familieninteressen. Darum sind die Vorschriften hier zum überwiegenden Teil nicht zwingend, sie können vielmehr durch den Willen der Beteiligten abgeändert werden. Wenn zum Beispiel das Gesetz über die Kündigung in Miet- oder Arbeitsverträgen, über die Formen des Vertragschlusses oder die Art der zu liefernden Kaufware Bestimmungen trifft, so enthalten diese die allgemeine Regel, die in Ermangelung abweichender Vereinbarung gilt. Diese Bestimmungen können aber durch den Willen der Vertragsschließenden außer Kraft gesetzt werden (dispositives Recht). Eine Ausnahme davon machen eine Reihe von Bestimmungen, denen aus sozialen Gründen oder im Interesse der Verkehrssicherheit zwingender Charakter gegeben ist. So kann zum Beispiel die Vorschrift der Gewerbeordnung, die für Arbeiter und Arbeitgeber gleiche Kündigungsfristen festsetzt, der Satz des Mietrechts, der bei erheblicher Gesundheitsgefahr die sofortige Räumung der Wohnung gestattet, auch durch entgegenstehende Verabredungen nicht aufgehoben werden. Diese sind vielmehr nichtig. Gleiches gilt von gewissen Formvorschriften, zum Beispiel für Wechsel oder Testamente.

Manche Rechtsgebiete stehen zwischen dem öffentlichen und dem Privatrecht. Zum Beispiel ist das Kirchenrecht öffentliches Recht dort, wo die Kirche mit dem Staat verbunden oder als eine gleichberechtigte Körperschaft anerkannt ist. Allein es ist nicht mehr öffentliches Recht, sobald die völlige Trennung von Staat und Kirche durchgeführt ist. Das Vereinsrecht, das Eherecht, das Erziehungsrecht und andere gehören teils dem öffentlichen, teils dem Privatrecht an — dem ersteren, soweit die Stellung zu den staatlichen Aufsichtsbehörden, dem letzteren, soweit die der Beteiligten zueinander in Frage kommt. Und auch für die öffentlichen Körperschaften gilt Privatrecht, soweit sie nach der Art von Privatleuten Geschäfte abschließen. So gehört die Festsetzung der staatlichen Steuern dem Staats-, ihre Erhebung dem Verwaltungsrecht an, dagegen der Verkauf von Holz aus Staatsforsten, der Einkauf von Schreibmaterial für die Gerichte dem Privatrecht. Der Staat heißt in letzterem Falle Fiskus.

Das Privatrecht zerfällt in Personen- und Vermögensrecht. Das Personenrecht wird gebildet durch die Rechtsätze über das Wesen und die rechtlich wirksamen Handlungen der Einzelnen und ihrer auf Freiwilligkeit beruhenden Vereinigungen und Einrichtungen. Zum Personenrecht gehört auch das Familienrecht als Regelung der geschlechtlichen Lebensgemeinschaft und ihrer Folgen. Das Vermögensrecht regelt die Stellung der Menschen im wirtschaftlichen Leben: das Verhältnis zu den Sachen, die den Menschen gehören (Eigentum, Besitz, Pfandrecht), und das der Menschen, die im rechtlichen Verkehr zueinander stehen (Vertragsrecht). In beide Gebiete ragen die Rechtsverhältnisse, die sowohl persönlicher als wirtschaftlicher Art sind: eheliches Güterrecht und Unterhaltsrecht der Kinder, Arbeits- und Dienstvertrag.

Das Vertragsrecht umfaßt neben den allgemeinen Grundsätzen über Abschluß und Rechtswirkung der Verträge die Vorschriften über die einzelnen wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander: so den Kauf, Miet, Dienst, Darlehensvertrag usw. In ihm drückt sich am klarsten und unmittelbar die wirtschaftliche Organisation unseres Gesellschaftslebens aus, auf die aus dem öffentlichen Recht, zum Beispiel dem Strafrecht oder Staatsrecht, nur indirekt geschlossen werden kann. So finden wir im Preussischen Landrecht von 1794 eine Widerspiegelung der ausgeprägten Junkerwirtschaft: Erbuntertänigkeit des Landvolkes, Fächigungsrecht der Herrschaft usw. Und das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich zeigt uns eine ausgebildete Verkehrswirtschaft von kapitalistischem Charakter, mit Aufrechterhaltung starker agrarisch-feudalistischer Rechte (Fideikommiss, Gesindeordnungen und anderes) und daneben einigen zaghaften Ansätzen zu einem „sozialen“ Recht. Das Familienrecht läßt die Vorherrschaft des Mannes erkennen, die jedoch schon durch eine Anzahl Rechtsätze durchbrochen ist, die der Frau gleiches Recht einräumen.

Drei Grundtriebe sind es, die den Menschen und das menschliche Gesellschaftsleben beherrschen: die Triebe der Selbsterhaltung (Nahrung), der Arterhaltung (Liebe) und der Selbstbetätigung (Spiel und Gedanke). Das Bedürfnis, sich und die Seinen zu schützen, zu erhalten und zu fördern, führt zur Gemeinschaftsbildung. Entstanden aus der Blutsverwandtschaft, aber über deren enge Grenzen hinausgewachsen, erweist sich die Gesellschaft als das wichtigste Mittel zur Entfaltung und Erweiterung der Fähigkeiten und des äußeren Bestandes der Gesellschaftsglieder. Dieser allgemein wirksame Zwang zum Zusammenschluß — zur Vermeidung der Verklümmernung und selbst völligen Untergangs — erzeugt jenes gewaltige, unüberwindlich wirkende Gefühl der Solidarität, wie wir es bei allen Völkern vor Eintritt der Klassenscheidung finden. Gesehigt und erhoben wird es noch durch den Drang zum geselligen Anschluß, dem das mitinteressierte Gefühl der Sympathie entspringt, das sich zur idealen Hingabe an die Gemeinschaft und ihre Interessen steigert. In diesen Urgesellschaften ist das Wort: Einer für alle und alle für einen keine schön klingende Phrase, sondern der Ausdruck wirklicher Verhältnisse. In ihnen ist von einer Rechtsordnung in unserem Sinn noch nicht die Rede, denn eine solche hat ja getrennte und gegensätzliche Interessen zur Voraussetzung, die sie regeln und schlichten will. Am wenigsten existiert dort ein Privatrecht, weil die Unterlage des Privateigentums fehlt. Alles ist gemeinsam. Recht, Moral, Sitte, Religion sind noch ungetrennt, der Ausdruck einfacher und gemeinsamer Interessen.

Mit dem Auskommen des Privateigentums bildet sich das Recht als eine besondere Lebensregelung aus. „Recht“ heißt eigentlich: gerade machen. Das Wort ist hergenommen von der Verteilung des Ackerlandes, das ursprünglich Gemeingut war, später zu zeitweiliger Benutzung, zuletzt dauernd als Eigentum an die Einzelnen vergeben (oder von den Mächtigen mit Gewalt, von den Schlawen mit List genommen) wurde. So bedeutet „Recht“ zunächst Eigentumsordnung. Als sich dann zum Schutze des Eigentums und der Klassenherrschaft der Besitzenden der Staat gebildet hatte, erhielt das Wort auch die Bedeutung: öffentliche Ordnung. Grundlegend und in letzter Linie entscheidend für das Recht ist die Organisation der wirtschaftlichen Interessen, die sich im Privatrecht ausdrückt.

Das heute geltende Privatrecht beruht auf den Grundsätzen des Privateigentums, des Erbrechts, der Gleichheit vor dem Gesetz, der Freiheit der Person und der Vertragsfreiheit. Es entspricht das den wirtschaftlichen Grundlagen und Bedürfnissen der entwickelten kapitalistischen Produktion. Doch sind die betreffenden Grundsätze nicht rein zur Ausbildung gelangt. Neben und innerhalb der kapitalistischen Privatwirtschaft stehen kleine Überreste kom-

munistischer Gemeinwirtschaft, erheblichere Reste feudaler (auf Standesvorrechten beruhender) Familienwirtschaft, einige, allmählich wachsende Ansätze neuer Genossenschaftswirtschaft, namentlich aber, rasch wachsend, starke Einschläge neuer Staats- und Gemeinwirtschaft. Unterliegen diese Reste und Ansätze usw. auch alle im allgemeinen den Rechtsätzen, die für die kapitalistische Privatwirtschaft des freien Verkehrs gelten, so prägt sich doch die Verschiedenartigkeit der Herkunft und des Zweckes in mannigfachen Sonderbestimmungen aus. Dazu kommen sozialpolitische Einflüsse, die manche Schroffheit der kapitalistischen Wirtschaft gemildert, Ansätze zu künftigen Ausbau im Sinne des Gesamtinteresses und des Schutzes der menschlichen Persönlichkeit vor der Unterdrückung durch die Geldmacht geschaffen haben.

Zum Teil stellen sie sich dar als Folgerungen aus dem Grundsatz der Freiheit und Gleichheit, der das bürgerliche Rechtsideal darstellt, aber durch die kapitalistische Übermacht fortwährend zurückgedrängt wird. So ist das Bucherverbot des Mittelalters in neuerer Zeit wieder zu Ehren gekommen. § 188 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“

„Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensverhältnisse in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.“

Die verkaufte Form beeinträchtigt stark die Tragweite des Grundsatzes, der ja bei strenger Durchführung die kapitalistische Produktionsweise über den Haufen werfen müßte. Das ist natürlich nicht sein Zweck, vielmehr nur eine Abweilung einiger der schlimmsten Seiten des Kapitalismus, namentlich in seiner altmodischen Form des Bauern- und Offizierswuchers. Nur ganz ausnahmsweise ist damit schon die Beschäftigung gegen Hungerlohn als Wucher getroffen worden. Konsequenter durchgeführt, müßte der Satz fast die ganze Hausindustrie, das großstädtische Mietsgeschäft usw. abschaffen. Darum ist eben von einer konsequenten Durchführung keine Rede.

Ähnliche Zwecke des Schutzes vor übermäßiger Ausbeutung verfolgen die Vorschriften, die dem Richter das Recht geben, eine unverhältnismäßig hohe Vertrags- („Konventional-“) Strafe auf den angemessenen Betrag herabzusetzen (Bürgerliches Gesetzbuch 343) — die der Konkurrenzklausele** Schranken setzen (Artikel 9 II des Einfuhrungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch, § 133 f. der Gewerbeordnung). Ferner wird der Grundsatz der persönlichen Freiheit nicht allein in bestimmten Rechtsätzen: Uneintragbarkeit eines Eheversprechens; Ungültigkeit des Verzichtes auf bestimmte Schutzvorschriften für den Arbeiter (Bürgerliches Gesetzbuch 617 bis 619) oder den Mieter (544) zur Geltung gebracht, sondern auch in der ganzen Rechtsauslegung unserer Gerichte. Als ein Eingriff in die persönliche Freiheit würde sicher in einem Testament eine Bestimmung erklärt werden, daß ein Vermächtnisnehmer seine Religion oder seine politische Haltung ändern müsse. Gegenüber den Eingriffen in die politische und Koalitionsfreiheit der Arbeiter wird freilich eine weit größere Nachsicht geübt: in zahllosen Arbeitsordnungen und Arbeitsverträgen findet sich das Verbot der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder einem sozialdemokratischen Verein, ohne daß unsere Gerichte solche Vorschriften, als gegen die persönliche Freiheit und damit gegen die guten Sitten verstößend, für nichtig erklären.

Im übrigen gelten die Rechtsgrundsätze von Treu und Glauben und freier Vertragsauslegung. „Verträge sind so anzulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“ (Bürgerliches Gesetzbuch 157.) In gleicher Weise ist der Schuldner, das heißt der durch einen Vertrag Verpflichtete, zur Leistung verbunden (242). Und: „Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften“ (133, 137).

So haben wir es heute zu tun mit einem nicht ganz einheitlichen, aber ganz überwiegend kapitalistischen Rechtssystem, das, von der formalen Bindung früherer Zeiten befreit, dem Verkehrsbedürfnis angepaßt und frei auslegbar ist. Wir werden später seine Ausgestaltung im einzelnen auf dem Gebiet betrachten, das für die Arbeiterklasse das wichtigste ist: dem des Arbeitsvertrags. Simon Ragenstein.

Die sozialistische Frauenkonferenz zu Nürnberg.

Zahlreicher beschickt als eine ihrer Vorgängerinnen, von dem nämlichen Geiste zielklarer Erkenntnis und tatfreudigen Willens besetzt wie sie, hat die Frauenkonferenz ihre Aufgaben erledigt. Auffällig groß war die Zahl der Delegierten, die zum erstenmal an einer Tagung der Genossinnen teilnahmen. Schon dieser Umstand allein bezeugte, daß die proletarische Frauenbewegung neue Kreise ergriffen, in immer mehr Gegenden des Reiches festen Fuß gefaßt hat. Daß sie die Proletarierinnen nicht bloß packt, sondern

* Das heißt ohne rechtliche Wirkung. Es ist dann, als ob gar nichts vereinbart wäre.

** Das heißt der vertragmäßigen Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit eines Angestellten nach Beendigung des laufenden Dienstverhältnisses.

zu überzeugten, leistungstüchtigen Genossinnen schult, wurde durch die Reife des Urteils, die Gewandtheit der Rede, die knappe Sachlichkeit belohnt, mit der die jungen wie die alten Trägerinnen der Bewegung die zur Behandlung stehenden Fragen erörterten. Es war ein Bild blühenden, vorwärtsdrängenden Lebens, das Berichte und Beratungen aufrollten, ein Bild, welches das hohe Lob als verdient erscheinen ließ, das Genosse Singer der Betätigung der Genossinnen im proletarischen Emanzipationskampf spendete. Der ausgiebige Meinungsaustrausch der Delegierten, die aus allen Teilen des Reichs zu ernster, fleißiger Arbeit herbeigekommen waren, hat eine Fülle neuer, fruchtbarer Anregungen zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung an den Tag gehoben. Stets war er vom Geiste herzlichen Einvernehmens getragen und ließ scharf erkennen, daß die Genossinnen trotz der feithrigen und vielgestaltigen Organisation einzeln in der Einsicht, welchem Ziel sie zustreben, welche Wege sie beschreiten müssen, wenn für die Gesamtheit des weiblichen Geschlechts die sozialen Vorbedingungen vollen Menschentums geschaffen werden sollen. Ebenso unzweideutig wie die Scheidung von jeder bürgerlichen Frauenrechtleri trat die innere Zusammengehörigkeit mit der allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in die Erscheinung. Sie wurde unter anderem auch durch die Beteiligung von Genossinnen an den Arbeiten der Konferenz beleuchtet. Die Anwesenheit zweier Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen und Begrüßungsschreiben aus dem Ausland legten Zeugnis davon ab, daß die proletarische Frauenbewegung aller Länder sich in dem einen sozialistischen Endziel solidarisch verbunden fühlt. Die Nürnberger Genossinnen, welche für den schönen Schmuck des Sitzungsorts und schweizerisches Willkommen der Delegierten gesorgt hatten, verfolgten die Beratungen der Konferenz mit lebendigem Interesse.

Eine eingehende Würdigung der Arbeiten des Frauentags kann zu unserem großen Bedauern erst in nächster Nummer erscheinen. Der uns auf das Bestimmteste zugesagte Artikel darüber ist unerklärlicher Weise bis zur Stunde nicht eingetroffen, wo diese Nummer — zeitiger als gewöhnlich infolge technischer Bedingungen — unter die Presse gehen muß. Wir bitten unsere Leserinnen, die Verspätung freundlichst zu entschuldigen, die auch der beste Wille nicht mehr abzuwehren vermochte.

Zum Schluß nur so viel, daß den Leistungen der Frauenkonferenz, dem sachlichen, hohen Niveau, auf dem sie sich hielt, allgemein und gerade nicht zum mindesten von den Genossinnen Anerkennung gezollt wurde. Die beweiskräftigste Cuiuslibet über ihre Bedeutung, ihren Erfolg erblicken wir darin, daß der Parteitag der Sozialdemokratie der Auffassung des Parteivorstandes beipflichtete, wonach auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden sollen. Die Tagungen der Genossinnen haben sich als wertvolles und unentbehrliches Glied in der Kette der Maßnahmen erwiesen, welche der Aufrüttelung der Proletarierinnen und der Schulung der Genossinnen dienen. Dank dem, was sie geworden sind und wirken, haben sie ihre Existenzberechtigung errungen.

Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags zu Nürnberg.

I. Politische Frauenorganisation.

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Über das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossinnen und Genossen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaften in solchen Vereinen entbehrt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtverband und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierungen der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Eine Vertreterin der Genossinnen gehört als Beisitzerin dem Parteivorstand an.

Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen sind, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine verwehrten, muß es um so mehr Aufgabe der Genossinnen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden.

II. Stellungnahme zu den sozialistischen Gewerkschaftsorganisationen.

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Übertritt der sozialistischen Vereine an die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten befundet, daß sie, entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gesystematisch bekämpft und schmäh.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben,

erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Das gilt auch für solche Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind.

III. Parteischule.

Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, diese in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.

IV. Maiseier.

Zur Vorbereitung der Maiseier ist an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitags für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maiseier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Aussperrten allein zu übernehmen.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Generalkommission über die Maiseier wieder aufzunehmen.

Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

Beschlüsse der Frauentonferenz zu Nürnberg.

I. Politische Frauenorganisation.

Die zu dieser Frage gefaßten Beschlüsse haben unsere Leserinnen an anderer Stelle gefunden, da sie der Zustimmung des Parteitags bedurften.

II. Unpolitische Frauenbildungsvereine.

Die in Nürnberg tagende Frauentonferenz erklärt, daß Frauenbildungsvereine trotz der Neuorganisation der Frauen ein wertvolles Mittel bilden können, die geistige Entwicklung der proletarischen Frauen zu fördern. Es ist daher zu empfehlen, daß die Frauenbildungsvereine dort bestehen bleiben und Unterstützung finden, wo sie den Frauen Kenntnisse und Unterweisung finden, wo sie den Frauen Kenntnisse vermitteln, die zwar nicht direkt dem Klassenkampf dienen, wohl aber der geistigen Entwicklung proletarischer Frauenschichten, und wo die geeigneten Kräfte zu ihrer Leitung vorhanden sind, ohne daß die Beteiligung an der allgemeinen Arbeiterbewegung darunter leidet.

III. a. Sozialistische Kindererziehung im Heim.

Genossin Dunders Referat zu dieser Frage ist als Broschüre zu veröffentlichen.

b. Sozialistische Jugendbewegung.

Die Konferenz nahm die Zeitsache und Resolution an, welche bereits in Nr. 19 veröffentlicht worden sind.

Aus der Bewegung.

Die Beteiligung an der sozialistischen Frauentonferenz war dieses Jahr eine größere als je zuvor. 62 Delegierte nahmen an ihr teil — der weitaus größten Zahl nach Genossinnen —, außerdem mehrere Genossen, die zwar kein ordnungsgemäßes Mandat als Delegierte hatten, jedoch von ihren Wahlvereinen beziehungsweise Kreisorganisationen in öffentlichen Versammlungen beauftragt worden waren, an öffentlichen Beratungen teilzunehmen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie war durch die Genossen Mollenhuth, Müller und Singer vertreten, der sozialdemokratische Wahlverein Nürnberg durch Genossen Haugenstein. Die Genossen

Haugenstein und Singer begrüßten die Konferenz in herzlichem und anfeuerndem Worten, in denen sie die Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung für den allgemeinen proletarischen Emanzipationskampf nachdrücklich hervorhoben. Ein zahlreiches und aufmerksames Publikum, das den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende beiwohnte, legte Zeugnis davon ab, daß Verständnis und Sympathie für die Arbeit der Genossinnen auch in Nürnberg in hohem Maße vorhanden sind.

Bekundungen internationaler Solidarität zur Frauentonferenz fehlten nicht. Die Ideen- und Kampfesgemeinschaft, welche die Genossinnen aller Länder verbindet, gelangte besonders wahrnehmbar in der Anwesenheit der österreichischen Genossinnen Popp und Pölzer zum Ausdruck, ferner aber auch in begeisterten Begrüßungsschreiben der organisierten sozialistischen Frauen aus Böhmen, der Schweiz, Holland und den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Wie die Reden der Genossinnen Pölzer und Popp, so wurden auch die Glückwünsche der tschechischen, schweizerischen, amerikanischen und holländischen Genossinnen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die deutschen Genossinnen wissen das rege Interesse zu würdigen, mit welchem ihre ausländischen Schwestern die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in Deutschland verfolgen. Die Frauentonferenz brachte die internationale Gesinnung zum Ausdruck, die auch sie befeuert, indem sie die persönlich und schriftlich übermittelten Grüße herzlich erwiderte.

Die Beteiligung der Genossinnen am sozialdemokratischen Parteitag war heuer besonders groß. 29 Genossinnen wohnten ihm als Delegierte bei, außerdem noch zwei Genossinnen als Gäste aus dem Ausland: Genossin Popp, welche die sozialdemokratische Partei Österreichs, und Genossin Schönberg, welche den Jüdischen Arbeiterbund in Rußland vertrat. Die weiblichen Delegierten rekrutierten sich aus fast allen Teilen Deutschlands. Daß die Genossinnen der bayerischen Städte, wo die proletarische Frauenbewegung sich kräftig zu entwickeln beginnt, ihre Vertreterinnen nach Nürnberg entsendet hatten, versteht sich von selbst. Jedoch hatten auch weit gelegene Zentren unserer Bewegung Genossinnen zum Parteitag delegiert. So Kiel, Lübeck, Altona, Hamburg, mehrere Bezirke Rheinlands und Westfalens usw. Neben den Genossinnen von Groß-Berlin waren die von Sachsen, Thüringen, der Provinz Sachsen usw. durch eigene Delegierte vertreten. Die meisten weiblichen Delegierten waren in Parteiversammlungen von Genossinnen und Genossen gemeinsam zum Parteitag entsendet worden. Alle nahmen mit höchstem Interesse an den Arbeiten des Kongresses teil; die Stellung der Genossinnen zu den einzelnen umstrittenen Fragen deckte sich meist mit derjenigen der Genossen ihrer Kreise. Genossin Baader gehörte als Schriftführerin dem Bureau des Parteitags an, Genossin Ziegler der Mandatprüfungskommission, Genossin Baumann der Beschwerdekommision; die Genossinnen Ziegler und Zetkin wurden vom Parteitag in die Kommission zur Beratung der Frage der Jugendorganisation delegiert. Genossinnen griffen wiederholt und zu den verschiedensten Fragen in die Debatten ein. Zur Frage der Parteischule beziehungsweise der Verbreitung theoretischer Bildung in der Partei sprachen die Genossinnen Luxemburg und Zetkin. Die Genossinnen Ziegler und Wackwitz beteiligten sich an den Debatten über die Frauenorganisation, Genossin Luxemburg nahm in den Verhandlungen über die Maiseier das Wort. Zur Frage der Budgetbewilligung machten die Genossinnen Luxemburg, Ziegler und Zetkin Ausführungen. Die Resolution gegen die Kriegshege wurde von Genossin Zetkin begründet. Der Kommission, welche sich im Laufe des Jahres mit der Prüfung bezw. Verbesserung des Organisationsstatuts der Partei beschäftigen soll, gehören die Genossinnen Ziegler und Zetkin an; die letztere ist Mitglied des Bildungsausschusses, dessen Mandat vom Parteitag auf ein weiteres Jahr verlängert wurde. Als Beisitzerin im Parteivorstand wurde Genossin Ziegler, als Mitglied der Kontrollkommission Genossin Zetkin gewählt. Die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ist in der Sozialdemokratie kein leeres Wort, und die Genossinnen streben danach, durch die Tat ihre Überzeugung zu bekunden, daß Gleichberechtigung Gleichverpflichtung bedeutet.

Agitation im fünften Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis. Im Auftrage des Kreisvertrauensmannes für den fünften Kreis in Schleswig-Holstein sprach Genossin Ziegler in den Orten Izhoe, Lägerdorf, Meldorf, Marne und Heide über: „Die Frau im Kampfe um Staatsbürgerrechte“. Die Versammlung in Izhoe brachte uns 42 Neuaufnahmen für die Partei, hauptsächlich Frauen. Und was besonders erfreulich war, die dortigen Genossinnen selbst gingen die Reihen der Versammlungsbesucher durch, um anzufragen, wer dem sozialdemokratischen Verein beizutreten wünsche, daher der Erfolg. In Lägerdorf traten 12 Frauen der Partei bei, in Marne 15, in Meldorf 14 Personen, darunter 5 Frauen, und in Heide 16. Wenn man bedenkt, daß fast alle Orte klein sind, ist der Erfolg befriedigend.

In Meldorf fiel die Versammlung in die Zeit der Haserente, bei der die meisten Frauen beschäftigt sind. Ohne diesen Umstand wäre ihr Besuch und der organisatorische Erfolg sicher ein besserer gewesen. In Marne war just eine Sendung frischer Krabben angekommen, Frauen und Kinder mußten bis in die Nacht hinein sitzen, um die Krabben auszupeulen. Wir können es nicht unterlassen, auch an dieser Stelle die Frauen darauf hinzuweisen, daß sie ihren Kindern die Jugend rauben, sie in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung hemmen, wenn sie dieselben in die Erwerbsarbeit spannen, wie es hier geschieht. Zudem rechnen die

Unternehmer damit, daß die Kinder helfen, und halten deshalb den Lohnsatz möglichst tief. Ohne Kinderhilfe und gut organisiert, vermöchten die Frauen sich bald einen Lohn zu erkämpfen, der ihr Einkommen höher stellt, als es jetzt mit Hilfe der Kinder ist. Möchten doch unsere Frauen das beherzigen. — Versammlungen mit dem gleichen Thema fanden noch statt in Neumünster und Elmshorn. Im letzteren Orte wurden 20 neue Parteimitglieder gewonnen.

Im ersten Hamburger Wahlkreis, wo Genossin Ziegler über: „Die Leiden der proletarischen Frauen durch die herrschende Arbeitslosigkeit“ referierte, wurden 40 neue Parteimitglieder gewonnen und eine ganze Anzahl Gleichheitsleserinnen.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten für die Zeit vom November 1907 bis August 1908. Im Bochumer Wahlkreis ist schon vor Jahren wiederholt versucht worden, die proletarischen Frauen zu organisieren. Die Versuche scheiterten aber zum größten Teil daran, daß kaum geschaffene Organisationen durch behördliche Maßnahmen wieder zerstört wurden und Neugründungen oft schon den Todeskeim in sich trugen. Die in unserem Kreise tätigen Genossen empfanden jedoch immer mehr die Notwendigkeit einer zielklaren proletarischen Frauenbewegung. Im Herbst 1907 befaßte sich die Landeskommission der sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen in mehreren Sitzungen mit der Frage. Das Ergebnis ihrer Beratungen war ein Beschluß, im Agitationsbezirk die lose Frauenorganisation einzuführen. Jeder Wahlkreis sollte eine Kreisvertrauensperson mit der Leitung der Organisation betrauen. Eine Umfrage ergab, daß die Genossinnen von 15 Orten des Bochumer Kreises mit der Wahl einer Kreisvertrauensperson einverstanden waren. Diese Wahl fand dann im Oktober 1907 in Bochum statt und fiel auf die Unterzeichnete. Wenige Tage darauf wurde in den meisten Orten des Wahlkreises mit der Agitation unter den proletarischen Frauen und Mädchen begonnen. Leider war es nicht überall möglich, in öffentlichen Versammlungen die Notwendigkeit der Frauenorganisation zu erörtern. Desto eifriger wurde die Agitation von Person zu Person betrieben. In Langendreer bestand bei der Gründung der losen Frauenorganisation ein Frauenbildungsverein, der sich auflöste. Alle Mitglieder traten der losen Organisation bei. Die bisherige Vorsitzende dieses Vereins, Genossin Stöter-Tillmann, wurde zur Vertrauensperson für Langendreer ernannt. Wo den Genossinnen Lokale zur Verfügung standen, wurden öffentliche Frauensammlungen abgehalten, durch die Aufklärung verbreitet und Propaganda für die Organisation und die „Gleichheit“ gemacht ward. Während der Berichtsperiode fanden im Wahlkreis 12 solche Versammlungen statt, und zwar in Bochum 2, Durchholz 1, Harpen 2, Herne 1, Horst 1, Laer 2, Langendreer 2 und Stockum 1. Es referierten in ihnen die Genossinnen Nemitz-Bochum, Plum-Essen, Rähler-Düsseldorf und die Genossen König-Dortmund, Köppler-Gelsenkirchen, Brauns-, Klog- und Steinkamp-Bochum. Die während der Wahlrechtsbewegung von der Parteiorganisation einberufenen Versammlungen waren oft sehr zahlreich von Frauen besucht. Auch an Flugblattverbreitungen usw. beteiligten die Genossinnen sich aktiv. Obgleich die Organisation noch so jung ist, wurden in der Berichtszeit erhebliche Anforderungen an die Kreisvertrauensperson gestellt. An 68 Tagen war sie außerhalb ihres Wohnortes im Wahlkreis tätig, an 5 Tagen im Wahlkreis Recklinghausen auf Wunsch der dortigen Genossinnen. Es gingen bei ihr abgesehen von Postanweisungen und Paketen 167 Briefe und Karten ein und 182 Briefe und Karten sowie 180 Drucksachen aus. Die geleistete Arbeit ist gern getan worden und war von Erfolg gekrönt. Schon auf dem Parteitag für das westliche Westfalen im Dezember 1907 waren die Genossinnen des Kreises durch drei weibliche Delegierte vertreten. Am Schlusse des Geschäftsjahres umfaßte die lose Organisation 1214 Genossinnen. Die „Gleichheit“ hatte 928 Abonnenten, 7220 Beitragsmarken sind verkauft worden. An die Kreiskasse wurden 470,07 M. abgeführt. Die Einnahmen der Kreisvertrauensperson betragen einschließlich eines Kassenbestandes von 22,87 M. 655,22 M., die Ausgaben 247,17 M. In der Kasse verblieben 408,05 M. Die sozialdemokratischen Frauen im Wahlkreis haben für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen wacker gearbeitet. Nun das Reichsvereinsgesetz den Frauen den Beitritt zu den politischen Organisationen zugesteht, wird es ihre Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß der Beitritt der Genossinnen in den sozialdemokratischen Kreisverein möglichst einheitlich vollzogen wird, damit sie gemeinsam mit den Genossen für unsere gerechte Sache weiterkämpfen können.

Anna Nemitz-Bochum.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck tagte am 30. und 31. August in Kiel. Unter den 106 Teilnehmern befanden sich neun Genossinnen. Nach dem Bericht der Agitationskommission ist die Zahl der Genossinnen, welche regelmäßig Beiträge an die Partei zahlen, von 2576 auf 3292 gestiegen. Diese weiblichen Parteimitglieder verteilen sich auf die verschiedenen Wahlkreise wie folgt: erster und zweiter Kreis 42, dritter Kreis 44, fünfter Kreis 164, sechster Kreis 1267, siebter Kreis 814, achter und zehnter Kreis 800, Fürstentum Lübeck 101. In dem letzteren gab es am Anfang des Berichtsjahres noch keine weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratie, trotzdem die Frauen dort — das Fürstentum gehört zum Großherzogtum Oldenburg — das Vereinsrecht hatten. In 47 Orten arbeiteten weibliche Vertrauenspersonen. Im achten Kreis ist die Zahl der weiblichen Parteimitglieder jetzt schon höher, als sie im

Bericht angegeben ist. Die Genossinnen von Altona und Wandsee hatten während der preussischen Landtagswahl Frauenwahlvereine gegründet und ihre Mitgliederzahl durch intensive Agitation zusammen auf über 1800 gebracht. Im achten und zehnten Kreis zählt die Bewegung infolgedessen jetzt schon fast 1600 Anhängerinnen. Die „Gleichheit“ hatte in diesem Jahre 4190 Leserinnen gegen 3248 im Vorjahre. 103 Frauenversammlungen fanden statt. Große Gebiete des Agitationsbezirk sind rein ländlich. Um auch die ländlichen Proletarier für unsere Ideen zugänglich zu machen, wurde seit Jahren alljährlich ein Kalender gratis verbreitet. Im letzten Jahre ist neben ihm noch eine Zeitung zur Verteilung gelangt, und zwar die frühere „Note Landpost“, die auf Beschluß des vorjährigen Parteitag aus einem gelegentlich erscheinenden Organ in eine Monatszeitung von acht Seiten Umfang mit dem Titel „Schleswig-Holsteinische Landpost“ umgewandelt worden ist. Seit Oktober 1907 ist dieses Blatt in 355090 Exemplaren auf dem Lande verbreitet worden. Die Verbreitung fand zweimal statt, einmal im Frühjahr und einmal im Herbst; 268020 Exemplare wurden allgemein ausgeteilt und 92070 siebenmal an Besteller durch die Post geschickt. Der Bezug ist unentgeltlich. Die Zahl derjenigen, welche um Zusendung ersuchten, ist andauernd gestiegen. Nach der ersten allgemeinen Verbreitung im Oktober 1907 ließen sich nur 5500 Landarbeiter das Blatt regelmäßig schicken, im Juni dieses Jahres schon 11580. Die Agitationskommission ist zu der Ansicht gekommen, daß die „Schleswig-Holsteinische Landpost“ durch ihre agitatorische Wirkung den früher verteilten Kalender überflüssig macht, und stellte deshalb beim Parteitag den Antrag, den Kalender eingehen zu lassen. Der Antrag fand die Zustimmung der Delegierten. Eine Änderung des Organisationsstatuts der Provinz, die der Parteitag beschloß, geht dahin, daß die Agitationskommission um zwei Mitglieder, darunter ein weibliches, vermehrt werden soll. Das weibliche Mitglied hat die Arbeit der Vertrauensperson fortzuführen, die im vorigen Jahre zur Förderung der Agitation unter den proletarischen Frauen eingesetzt wurde. Der Parteitag befahte sich noch mit den Fragen der Maifeier, der Jugendorganisation, der Budgetbewilligung süddeutscher sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und den wichtigsten politischen Tagesfragen. Aus Mangel an Raum muß auf eine Darstellung der diesbezüglichen Verhandlungen verzichtet werden. Der Eintritt der Genossinnen in die Parteioorganisationen ist fast in allen Kreisen schon vollzogen. Der Beitrag beträgt für die weiblichen Mitglieder zehn Pfennig. Hoffentlich gelingt es unter den neuen Verhältnissen besser noch als bisher, die Frauen der Arbeiterklasse in großen Massen der Partei zuzuführen und sie zu Mitkämpferinnen im Befreiungskampf des Proletariats zu erziehen. Linchen Baumann.

Politische Rundschau.

Unter der Devise: „Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß!“ ist am 17. September zu Berlin der „Interparlamentarische Kongreß“ zusammengetreten, eine der Veranlassungen der bürgerlichen Friedensfreunde, die des kindlichen Glaubens leben, sie könnten die aus der Struktur des kapitalistischen Systems notwendig entspringende Kriegsgefahr beseitigen, ohne diesem System selbst ein Haar zu krümmen. Nichts kennzeichnet besser die Wertlosigkeit dieses Parlaments als die Tatsache, daß aus Deutschland zahlreiche unbedingte Befürworter der wildesten Kriegsrüstungen und der ausschweifendsten Weltpolitik, national-liberale und konservative Reichstagsabgeordnete, daran teilnehmen. Vor allem aber wird der Kongreß dadurch charakterisiert, daß er sich der Protektion der deutschen Regierung erfreut, der unentwegtesten Vertreterin des Land- und Wassermilitarismus, der Verantwortlichen für jene gefährliche äußere Zickzack- und Abenteuerpolitik, die um Marokkos willen mehr als einmal den Weltfrieden in Gefahr gebracht hat, der entschiedensten Gegnerin jeglichen Abkommens auf Einschränkung der Kriegsrüstungen, jeglichen wirksamen Schiedsgerichtsvertrags. Aber alle diese schreienden Widersprüche haben die Mitglieder des Kongresses nicht gestört, sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken, die nichtsagende Begründungsbare des Reichskanzlers ertragen, worin neben den üblichen platonischen Versicherungen der Friedensliebe das Recht auf die Kriegsrüstung in nacktester Form proklamiert wurde, und sie waren glücklich, daß ein Vertreter des Hohenzollernhauses, Prinz Heinrich, sie einer Ansprache würdigte und der Kaiser ihnen ein Begrüßungstelegramm sandte. Die Verteidiger des Militarismus tun ganz recht, wenn sie an diesem Kongreß teilnehmen: er ist ihrer Sache ganz ungefährlich. Bezeichnend ist, daß das Gros der deutschen Vertreter von den Mitgliedern der freisinnigen Fraktionen gestellt wird, die sich seit den Wahlen von 1907 mit Haut und Haaren dem Militarismus in jeder Form verschrieben haben.

Demnächst werden sie von dieser neu erworbenen „nationalen“ Zuverlässigkeit wieder Proben ablegen dürfen. Die Zeichen, daß trotz des doppelten Dementis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine neue Militärvorlage nicht mehr weit ist, mehren sich — die „Kreuzzeitung“ brachte jüngst einen Artikel, der lebhaft für eine Verstärkung der Landarmee eintrat, die für Deutschland weit nötiger sei als die Flotte. Die Begründung war eine völlige Preisgabe alles dessen, was die Regierung und mit ihr die Konservativen seinerzeit für die Flottenvermehrung angeführt haben — auf solche kleine Widersprüche kommt es den Herren nicht an. Einen interessanten Blick in die Geheimwerkstatt der Flottenagitation ließ die Erklärung eines katholischen Geistlichen, des Direktors Schütz, in der „Rheinisch-

Westfälischen Zeitung“ tun, der sich als Schreiber mehrerer hurratriotischer Flottenbroschüren betätigt hat. In der Verteidigung gegen Zentrumsangriffe erzählt Herr Schütz, daß er, um schwer drückende Schulden los zu werden, die er sich durch Genossenschaftsgründungen im Interesse seiner Pfarrkinder zugezogen hatte, die Broschüren geschrieben und damit seine Schulden von 80000 auf 12000 M. vermindert habe. Daß das Autorenhonorar ihm nicht 68000 M. abgeworfen haben kann, ist klar — jene 68000 M. stammen denn auch zum überwiegenden Teil aus den Taschen der — Panzerplattenlieferanten! Die Großindustriellen lassen sich's etwas kosten, wenn es die publizistische Vertretung ihrer Sache gilt — sie zahlen gern, wenn ein Vorteil für sie dabei herauszuschaut. Und sie laufen alles, was ihnen nützlich erscheint, Waren wie Menschen. So wird jetzt bekannt, daß die reichstreuen Bergarbeitervereine von den Bergherren Niederschlesiens zur Veranstaltung eines Vertretertags der reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands 1500 M. erhielten. Aus der Korrespondenz, die die Fachsenbarone über den Fall untereinander geführt haben — die „Breslauer Volkswacht“ konnte die Schreiben veröffentlichen —, ergibt sich, daß die Herren über ihre gelben Sklaven eine scharfe Kontrolle ausüben und für ihr gutes Geld unbedingte Gefügigkeit fordern. Eingaben an die Behörden, die den Grubengewaltigen nicht passen, dürfen nicht gemacht werden; der Sklave muß sich mit Leib und Seele verkaufen.

So wenig die Unternehmer übrigens auf Geld sehen, wenn es ihre eigene Sache gilt, um so zugedämpfter werden die Herren selbst, wenn es sich um Ausgaben für die Allgemeinheit handelt, wenn sie nicht einen direkten, sofort greifbaren Gewinn für sich davon erwarten dürfen. Nur keine direkten Reichsteuern, das ist angehts der kommenden Finanzreform ihre Devise — die arbeitende Masse mag sich Bier, Branntwein und Tabak verteuern lassen! Die Junker vertreten diesen Standpunkt womöglich noch brutaler. Es vergeht kaum ein Tag, da nicht die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Landbündler, über die Beförderung des Familiensinns zeteret, die angeblich die kommende Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Gatten mit sich bringen muß. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat eine kategorische Absage an die Forderung der direkten Reichsteuern gebracht. Nach ihren Angaben zu schließen, sollen an 80 Prozent der neuen Steuern indirekte sein. Die Gesamtsumme dieser neuen Lasten aber darf man auf 600 Millionen Mark schätzen. Hat doch schon der Etat von 1907 ein rechnungsmäßiges Defizit von 14 Millionen Mark, wozu noch 98 Millionen Mark ungedeckte Matruilarbeiträge kommen, so daß der wirkliche Fehlbetrag auf 110 Millionen steigt. Im Etat für 1908 mußten 260 Millionen durch Anleihen gedeckt werden. Die nächsten Jahre bringen große Mehrausgaben für Beamtenbefoldungen, für die Marine und anderes mehr, so daß die Forderung der Regierung mit 600 Millionen nicht zu hoch taxiert sein dürfte. Die Meldungen, daß die Jahrlaststeuer und die Erhöhung des Ortsportos wieder fallen sollen, um die neuen Lasten etwas zu mildern, sind von den Offiziösen schleunigst dementiert worden. Der deutsche Reichsfiskus gibt so leicht nichts wieder heraus.

In England gab es an mehreren Orten große ArbeitslosenDemonstrationen; in Glasgow offenbarte sich der Klassenhaß in heftigen Polizeiattaken auf die Brot heischenden Proletarier. — Der Kongreß der Trade Unions zeigte die englischen Gewerkschafter noch zwischen liberalen und sozialistischen Anschauungen schwankend, doch gewinnen die sozialistischen.

Die Klassenjustiz hat in Frankreich ein Urteil gegen den Leiter des Elektrizitätsarbeiterverbandes, Pataud, gezeitigt, das die Leiter der Verbände entschädigungspflichtig erklärt bei Streiks, die „keinem korporativen Bedürfnis entsprechen“, sondern „einer bösen Absicht“ entspringen. Was „korporatives Bedürfnis“ und was „böse Absicht“ ist, darüber entscheidet der Bourgeois in der Richterrobe. Das Urteil läuft auf eine Konfiskation des Koalitionsrechts hinaus.

Glänzende Siege bei den Reichstagswahlen haben die schwedischen Sozialdemokraten erfochten. Wie hoch ihr Mandatsergebnis sein wird, steht noch nicht fest, da die Wahlen noch fortdauern.

In Dänemark ist der Exminister Alberti, der bis zum Juli das Justizministerium verwaltete und in dieser Eigenschaft seinerzeit die Wiedereinführung der Prügelstrafe durchsetzte, und der die Sozialdemokratie stets scharf bekämpfte, als Millionendefraudant entlarvt worden. Er hat das fortschrittliche Ministerium in seinen Sturz mit hineingezogen und seine Partei in eine schwere Krise gestürzt, da die Bauern, die die Hauptmasse ihrer Wählerschaft bildeten, durch Albertis Schwindeleien schwer geschädigt sind.

Große Demonstrationen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht sind in Holland und Oesterreich zu verzeichnen. Im letzteren Lande kämpft die Arbeiterschaft jetzt um die Reform des Wahlrechts zu den Landtagen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Später als sonst veröffentlicht das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission die statistischen Aufstellungen über den Stand der Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1907. Die Verzögerung wurde dadurch veranlaßt, daß die Gewerkschaften mit der Veröffentlichung ihrer Statistik in diesem Jahre recht saumselig waren, die Generalkommission aber diese Angaben abwarten wollte, um ein vollständiges Bild der Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland geben zu können. Die vorliegenden Zahlen zeigen, daß der Übergang von der Hochkonjunktur zur Krise sich

ohne nennenswerte Verluste für die Gewerkschaften vollzogen hat; es ist vielmehr in mehreren Verbänden noch ein ganz ansehnlicher Fortschritt zu verzeichnen. Im Gegensatz zu 1891 und 1901, wo die Krise einen Rückgang der Mitgliederzahlen herbeiführte, haben die Zentralverbände ihre Gesamtmitgliederzahl um 175797 erhöht; die christlichen Gewerkschaften nahmen um rund 27000 Mitglieder zu, die Gewerkschaften dagegen nahmen um etwa 9600 Mitglieder ab. Die Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1865506, am Jahreschluß 1907 sogar 1873146 Mitglieder. Rechnet man die in lokalistischen, Hirsch-Dunderschen, christlichen und anderen Verbänden Organisierten dazu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von fast 2 1/2 Millionen gewerkschaftlich Organisierter in Deutschland. Da die englischen Gewerkschaften nur etwa über zwei Millionen Mitglieder zählen, so steht also jetzt Deutschland an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Zunahme an Mitgliedern betrug in den Zentralverbänden im Berichtsjahre nur 10,4 Prozent, während in den beiden Vorjahren, der Zeit der Hochkonjunktur, die Zunahme sich auf 27,8 respektive 25,8 Prozent belief. Eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, der Parteioorganisationen und der Konsumvereine zeigt ein starkes Überwiegen der ersteren und veranlaßt den Statistiker zu dem Ausspruch, „daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen wie auch der genossenschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat.“ — Von den 61 Gewerkschaftsverbänden haben 40 eine Zunahme von insgesammt circa 100000 Mitgliedern zu verzeichnen, während 21 Abnahme von etwa 26000 hatten. An der Zunahme unter anderen beteiligt: die Metallarbeiter mit 24365, Textilarbeiter mit 14908, die Fabrikarbeiter mit 13670, die Transportarbeiter mit 7177, die Brauereiarbeiter mit 4576, die Buchdrucker mit 4087, die Maschinisten mit 3535, die Gemeindegewerkschaften mit 2969, die Schuhmacher mit 2836 Neuorganisierten usw. An der Mitgliederabnahme sind beteiligt: die Bauhilfsarbeiter mit 11147, die Holzarbeiter mit 4225, die Maurer mit 2955, die Tabakarbeiter mit 2890 usw. — Die Zahl der weiblichen Organisierten zeigt erfreulicherweise eine etwas größere Zunahme als die, welche im allgemeinen konstatiert werden konnte. Während die Zahl der männlichen Mitglieder um 10 Prozent wuchs, stieg die der weiblichen um 15,1 Prozent. In 85 Verbänden wurden 186929 weibliche Mitglieder gezählt, gegen 118908 im Vorjahre; die Zunahme betrug also 18021. Den Hauptanteil an der Zahl der weiblichen Organisierten hat der Verband der Textilarbeiter mit 44277, ihm folgen Metallarbeiter 14698, Tabakarbeiter 14182, Fabrikarbeiter 12121, Buchbinder 8841, Buchdruckerhilfsarbeiter 8333, Schuhmacher 5964, Schneider 4983, Handlungsgehilfen 4167, Holzarbeiter 3457, Transportarbeiter 3158, Hutmacher 2059, Porzellanarbeiter 1988, Bäcker und Konditoren 1199 usw. — Welche ungeheure Entwicklungsmöglichkeit für die Arbeiterinnenorganisation jedoch noch vorhanden ist, zeigt folgende kurze Gegenüberstellung der in den großen Industrien beschäftigten und organisierten Arbeiterinnen.

	Beschäftigte Arbeiterinnen 1906	Weibliche Organisierte 1907
Textilindustrie	897321	44277
Metall- und Maschinenindustrie	98743	14698
Holzindustrie	26645	3457
Nahrungs- u. Genussm.-Industrie	147741	16925
Graphisches Gewerbe	36204	8333
Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe (einschl. Konfektion)	211407	18640

Sehr günstig gestalteten sich die Finanzen der Gewerkschaften im Berichtsjahre. Die Gesamteinnahmen stiegen von rund 41 Millionen Mark im Jahre 1906 auf 51 Millionen Mark im Jahre 1907, die Ausgaben von 37 auf 43 Millionen Mark, die Vermögensbestände von 25 auf 33 Millionen Mark. Infolge der Arbeitslosigkeit erhöhten sich die Aufwendungen für Reise- und Arbeitslosenunterstützung von 3,4 auf 7,4 Millionen Mark, die Streikunterstützung dagegen verminderte sich von 13,7 auf 12,2 Millionen Mark. Wie aus diesen kurzen Angaben ersichtlich ist, entbehrt das Proletariat der Gegner über den Stillstand der freien Gewerkschaften, der durch die erfolgreiche Konkurrenz der gelben Streikbrechervereine herbeigeführt worden sein sollte, jeder tatsächlichen Grundlage.

Die „Metallarbeiterzeitung“ feierte am 15. September ihr 25jähriges Jubiläum. Das Blatt verdankt seine Entstehung der Initiative Grillenbergers, der den Genossen Scherm, der das Blatt jetzt noch leitet, zu der Herausgabe einer solchen Zeitung anregte. Die Allgemeine Krankenkasse der Metallarbeiter in Hamburg wurde für den Plan gewonnen. Die Zeitung galt in der Zeit des Sozialistengesetzes wesentlich als Publikationsorgan der Krankenkasse, wurde dann aber 1891, nachdem sie lebhaft für die Schaffung einer Metallarbeiterorganisation eingetreten war, zum offiziellen Organ des damals geschaffenen Industrieverbandes der Metallarbeiter bestimmt. Das ist sie geblieben, und sie ist heute mit einer Auflage von 380000 Exemplaren das am weitesten verbreitete Arbeiterblatt der Welt.

Der Austritt der Lokalorganisierten, die nach den Einigungsversuchen des Parteivorstandes ihre Sonderorganisation aufgaben, ist in einer Zahl von etwa 5000 Personen erfolgt.

Die Heimarbeitausstellung in Frankfurt am Main hat mit einem Defizit von 28000 Mark abgeschlossen, so daß die Garantiezeichner noch tüchtig zahlen müssen. #

sozialwissenschaftliche Rundschau.

Am 29. Juli waren 100 Jahre seit der Geburt des Mannes von den man mit einem gewissen Recht den Vater des deutschen Genossenschaftswesens genannt hat: Schulze in Paderborn. Hermann Schulze entstammte einer alten Juristenfamilie in dem provinziellsten Kreisstädtchen Delitzsch. Er gehörte der demokratisch-oppositionellen Richtung der Zeit an; er war mit unter den Steuerverweigerern aufgelösten Nationalversammlung und bekam durch Hingebungen mancherlei Art die Autokratie des preussischen Staates zu fühlen. Das bestimmte ihn auch, den Lebensdienst zu quittieren und sich in seiner Vaterstadt als gilt niedergelassen. Von der Zeit an propagierte er die Idee des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der minderbemittelten Bevölkerung, eine Idee, auf die ihn die wirtschaftliche Not hingewiesen hatte, die Mitte der 40er Jahre Deutschland herrschte. Das Verdienst, diese Idee in der praktischen Resultate verwirklicht zu haben, ist ihm ohne weiteres zuzuerkennen. Freilich blieb sein Gesichtskreis beschränkt; sein Wirken war vornehmlich darauf gerichtet, das Genossenschaftswesen dem Kleinbürgertum nutzbar zu machen, der Klasse, der er auch politisch am nächsten stand. Die Konsumvereinsbewegung der Arbeiterklasse hat wenig praktischen Nutzen von der Tätigkeit Schulze's gehabt, dessen Blick bis an sein Ende in die engen Grenzen des Provinzialmilieus gedankt blieb. Was er geahnt hat, und das ist trotzdem nicht wenig, das ist die Idee der Genossenschaft, fester Überzeugung; die Geradheit seines Denkens sicher von Freund und Feind anerkannt. Die Idee der modernen Konsumvereinsbewegung aber hat er eben nicht erkannt, wie viele bürgerliche Genossenschaftler nach ihm.

Der Kampf gegen die Konsumvereine geht auf der ganzen Linie weiter. Behörden, Krämerverbände und andere Organisationen wetteifern förmlich miteinander in Maßnahmen gegen die verhassten Genossenschaften der Arbeiter. In bekanntem Muster verbietet die Mainzer Eisenbahndirektion direkt oder indirekt ihren Beamten und Arbeitern die Beteiligung am dortigen Spar- und Konsumverein. In diese Behörde etwa meint, daß ihren Angehörigen zum Vergleichen nichts übrig bleibt, so mag das vielleicht stimmen. In müssen sie aber, und die Lebensmittel im Konsumverein zu kaufen sollte man ihnen daher nicht verwehren. Die Eisenbahndirektion hat ein förmliches Schnüffelbüro zur Erreichung ihres Zweckes etabliert, wie in einer Generalversammlung der Genossenschaft festgestellt wurde. Sie hat wochenlang einen Beamten auf das Amtsgericht gesetzt und dort aus den Mitgliederlisten des Konsumvereins alle Eisenbahner notieren lassen (?), die dann zu Austritt aufgefordert wurden. Das Gericht scheint also die Eisenbahnbehörde verständnisvoll entgegengekommen sein. Der Konsumverein will sich dieses Treiben nicht anhängig gefallen lassen. — In Sachsen hehen die Militär- und Kriegervereine nach wie vor munter gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumgenossenschaften. So hat vor kurzem der Militärverein zu Geithain 16 Mitglieder aus dem Konsumverein ausgeschlossen, weil sie teils Lieferanten, teils Mitglieder des Konsumvereins in Geithain sind. Unter den Ausgeschlossenen befindet sich einer, der 24 Jahre dem Verein angehört. Der Ausschluß ergab auf Grund folgender vereinsstatutarischer Bestimmung: Die Ausstoßung eines Mitglieds muß erfolgen, wenn dasselbe sich zu sozialdemokratischen und ähnlichen Bestrebungen bekennet, welche auf Umwälzung der bestehenden Ordnung und Beseitigung der Monarchie hinzielen, oder der Annahme berechtigt, daß es sich derartigen Bestrebungen hingibt. Die Militärvereine in Sachsen haben bei diesem terroristischen Vorgehen sehr oft schlechte Beispiele gemacht: sie verloren nämlich die Mitglieder, die fortzogen, im Konsumverein zu bleiben. So sollten die Mitglieder in jedem derartigen Falle handeln. Ein denkender Arbeiter gehört von vornherein nicht in einen Militärverein. Schaden um Geld und Zeit, die er dafür opfert, und im Interesse der Familie besser angewendet werden können. — Aus der Reihe der Unternehmerverbände hat in letzter Zeit der deutsche Konditorenbund auf dem Kampfpfad gegen die Konsumvereine gegeben. Er nahm auf seinem Verbandstag Ende August nach einem entsprechenden Beschlusse eine Resolution an, die behauptet, daß die Konsumvereine „andauernd eine Gefahr für alle Gewerbetreibenden, ebenso auch für Staat und Gemeinde in sich schließen. Der wunderbar schöne Stil dieses Unsinns zeugt nicht gerade davon, daß auf diesem Verbandstag die Intelligenz besonders stark vertreten gewesen ist. — In Gdrlitz hat die Stadtväter eine Umsatzsteuer beschlossen, von der alle Gewerbe betroffen werden sollen, die durch Handel mit Waren einen Umsatz von mindestens 300.000 Mk. erzielen. Diese Steuer richtet sich vornehmlich gegen den dortigen Konsumverein, der unter freisinniger Verwaltung steht. Da die Stadtverordneten in Gdrlitz sich ebenfalls in der Freiheit freisinnig nennen, so charakterisiert sich ihr Beschluß nicht nur als eine Ungerechtigkeit, sondern auch als ein rechter Schwabenstreich.

Alle diese Gänge, von denen wir nur eine kleine Blütenlese gegeben haben, zeigen deutlich, wie der Haß des Bürgertums gegen die Arbeiterkonsumvereine stetig wächst. Das muß für die Freiheit der Arbeiterklasse, besonders für die organisierten Frauen und Mädchen eine Veranlassung mehr sein, die Konsumvereine zu schützen und zu stärken.

In der Pfalz die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß eine dortige Handels- und Gewerbekammer gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften Front gemacht hat. Unklar, weil sie den Verkauf von landwirt-

schaftlichen Maschinen organisiert haben. Das ist natürlich ein Eingriff in die geheiligten Privilegien kapitalistischer Regale, und die Handels- und Gewerbekammer in der Pfalz ist nur konsequent, wenn sie meint: was der einen Genossenschaft recht ist, muß der anderen billig sein. Die Konsequenz der Rücksichtigkeit!

Auch in Österreich scheinen die Behörden die ausgetretenen Pfade deutscher Konsumvereinstörerei einschlagen zu wollen. Das Eisenbahnministerium hat einen Erlaß herausgegeben, der den Eisenbahnangestellten die wirtschaftlichen Vorteile konsumgenossenschaftlicher Einrichtungen verschließen soll. Vom 1. Januar 1909 sollen sie nicht mehr das Recht haben, in den genossenschaftlichen Lebensmittelmagazinen der Nordbahn einzukaufen. Die treibenden Kräfte zu diesem Vorgehen sind die Krämer, denen die Regierung ihre tadellose Mittelhandelsfreundlichkeit beweisen will. — Der österreichische Kaufmannstag verlangte ebenfalls Maßnahmen gegen die Konsumvereine. Feinde ringsum!

Der Allgemeine Konsumverein in Basel hat im Jahre 1907 einen Gesamtumsatz von rund 14.310.000 Mk. erreicht gegen 13.126.400 Mk. im Vorjahre. Die Zahl der Mitglieder stieg von 28.588 auf 29.841. Die Genossenschaft besitzt gegenwärtig 63 Warenlokale, 21 Spezialgeschäfte für Fleisch- und Wurstwaren, 5 Schuhlokale und eine Verkaufsstelle für Haushaltsartikel, insgesamt 90 Verkaufsstellen. Beschäftigt waren am Schlusse des Jahres 774 Personen. Der Reinerlös betrug 1.103.654 Mk.

Die Großeinkaufsgesellschaft der französischen sozialistischen Genossenschaften, die im September 1906 gegründet worden ist, entwickelt sich gut. Sie begann mit 97 Genossenschaften, die 650 Anteile, und 292 Einzelmitgliedern, die 404 Anteile repräsentierten. Von dem gezeichneten Anteilskapital von 21.120 Mk. waren 18.700 Mk. eingezahlt. In den ersten acht Monaten erreichte der Umsatz 1.501.600 Mk. Das erste Geschäftshalbjahr 1907, das Ende November abschloß, weist einen Umsatz von bereits 1.596.800 Mk. und einen Reinerlös von 222.240 Mk. auf. Die Zahl der angeschlossenen Vereine ist inzwischen von 97 auf 160 und das Stammkapital auf 40.880 Mk. gestiegen. H. P.

Notizenteil. Dienstbotenfrage.

Der Berliner Verein für die Interessen der Hausangestellten blickt auf eine neunjährige Tätigkeit zurück. Früher konnten ihm auch Herrschaften angehören, bis er sich am 31. Januar v. J. durch einen Generalversammlungsbeschluss in die Reihen der Organisationen stellte, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Das Jahr 1906 schloß mit 402 Mitgliedern ab, 1907 mit 465. Die Mitgliederzahl stieg ständig, wenn auch langsam, und zwar um so höher, je mehr Herrschaften aus dem Verein austraten. Die Fluktuation ist stark. Sehr viele Mitglieder gehen dem Verein dadurch verloren, daß sie es veräumen, bei Stellenwechsel ihre neue Adresse anzugeben und dann wegen mangelnder Beitragszahlung gestrichen werden müssen. Im vergangenen Jahre wurden 8 öffentliche Versammlungen abgehalten, zu deren Vorbereitung 16.000 Handzettel zur Verteilung gelangten. Ferner fand eine Generalversammlung statt, sowie 10 Vereinsversammlungen, wo zumeist belehrende Vorträge gehalten wurden, denen rege Diskussionen und Erörterungen von Berufs- und Rechtsfragen folgten. An 8 Sonntagen wurden den Mitgliedern unterhaltende Vorträge und an 9 Sonntagen Unterhaltungsabende mit Tanzvergnügen geboten. Außerdem fanden ein Weihnachtsfest, ein Maskenball und 11 Ausflüge statt. Zur Auslieferung der Dienstboten sind im ganzen 32.000 Flugblätter verbreitet worden, zum großen Teil durch Arbeiterfrauen. Auf 5000 zur Verteilung gelangten Flugblättern war der freie Arbeitsvertrag abgedruckt, der auch durch Vorträge und in Versammlungen propagiert wurde. 5 Arbeitgeber anerkannten den Vertrag, 4 wandten sich an die Organisationsleitung um Einsendung der betreffenden Formulare. Wie gering auch die Zahl der Fälle ist, in denen der Vertrag unterschrieben wurde: seine Propagierung hatte doch den Erfolg, daß sich die bürgerlichen Zeitungen mit ihm befaßten und die Arbeitgeber Kenntnis von ihm erhielten. Der Verein ist bemüht, bei den Dienenden das Bewußtsein ihres Rechts auf Forderungen zu wecken und auszubilden. Als sehr nützlich hat es sich bewährt, daß von der Vorsitzenden den Dienenden wöchentlich einmal während zwei Stunden unentgeltlich Auskunft erteilt wird. 9 Prozesse wurden anhängig gemacht, die Lohnforderungen und Zeugnisänderungen betrafen, und einer wurde wegen tätlicher Beleidigung geführt. Bei der nicht offiziellen Stellenvermittlung des Vereins liefen 20 Nachfragen nach Dienstmädchen ein und 18 Angebote von Mitgliedern. Vermittelt wurden 6 Stellen. 3 Mädchen blieben in ihrem Dienst, nachdem durch die Vermittlung der Organisation die kritischen Punkte erledigt waren: einmal Zubilligung eines halben freien Tages in der Woche, zweimal Bewährung höherer Löhne. In einem Fall wurde durch den Verein die Verringerung eines Lohnabzuges erzielt; in einem anderen, in dem ein Mädchen eine allzu mangelhafte Schlafstelle hatte, wurde mit Hilfe der Polizei durch die Umwandlung der Dienststellung in eine Tagesstellung Besserung geschaffen. Auf schriftliche Aufforderung hin erhielt eine Hausangestellte den ihr zustehenden Lohn ausgezahlt, und die betreffende Herrschaft nahm eine gegen sie eingereichte Klage zurück. Leider haben die Mädchen nicht in allen Fällen der Organisationsleitung die nötige Rückantwort gegeben. Dessenhalb schwindet diese Interesslosigkeit mehr und mehr. Von den vielen Missständen, die dem Vorstand durch die Aus-

kunftsstelle bekannt wurden, seien nur einige angeführt. Eine Herrschaft stellte das Ansuchen an ihr Mädchen, sich in schmutzigem, bereits benutztem Badewasser zu baden. Lehnte das Mädchen das ab, so mußte es überhaupt auf ein Bad verzichten. Urlaub bekam es nicht. Einem Mädchen wurde zugemutet, aus einem Hundnapf zu essen, einem anderen, vom Tag zuvor stehen gebliebene Kartoffeln für sich zum Abend zu wärmen und zu gleicher Zeit für den Hund ein Kotelett zu braten; das Mädchen bekam Kaka, der mit Bierwasser ausgebrüht war. Diese und noch andere Ungehörigkeiten wurden leider erst nach Aufgabe der betreffenden Stellen gemeldet. Größtenteils wird dergleichen nur den ganz jungen Mädchen zugemutet, die noch glauben, alles tun zu müssen, was die Herrschaft befiehlt. Eine genaue Aufstellung aller gemeldeten Mißstände, auch der durch die Organisation abgestellten, gestattete leider der Mangel an Zeit nicht, der auch verhinderte, daß jeder Fall genügende Beachtung fand. Das Organ des Vereins, die Monatschrift für die Interessen der Hausangestellten, besteht wie dieser seit 9 Jahren. Bis zum Juni 1906, wo Genosin Bahr die Redaktion übernahm, wurde es von der damaligen Vorsitzenden, Frau Deutsch, redigiert. Im Mai 1907 ging es zuerst über die Grenzen Berlins hinaus, und heute ist es auch in den Hausangestelltenorganisationen von Breslau, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Wiesbaden und Stuttgart obligatorisch eingeführt. Die Auflage betrug im Juni d. J. 1500 Exemplare. — Den Mitgliedern des Vereins wird eine Krankenunterstützung von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 4 Wochen gezahlt, aber erst nach Ablauf der gesetzlichen Fürsorgepflicht der Dienstgeber. Sie erhalten ferner kostenlose ärztliche Behandlung. Durch die Vermittlung des Vereins wird ihnen auch Zahnbehandlung zu ermäßigten Preisen gewährt. Die Einnahmen des Vereins betragen 4357,74 Mk., die Ausgaben 2249,21 Mk. Der Bestand beträgt 2105,53 Mk.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Die Frau in der Tabakindustrie. Die Tabakergenossenschaft ist leider der Aufforderung des Reichsversicherungsamtes nach einer Berufsstatistik in ihrem Bericht für das Jahr 1907 noch nicht nachgekommen. Die Zahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterinnen ist daher aus ihm nicht zu ersehen. Der Bericht läßt nur erkennen, daß im Jahre 1907 6923 Betriebe mit 160.804 Arbeitern und Arbeiterinnen versichert waren. Die Zahl der Betriebe ist um 232, die der versicherten Arbeiter um 8744 gestiegen.

Zigarrenfabriken, die weder Maschinen noch Motore besitzen, in denen also nur Handarbeit geleistet wird, sind in Deutschland 5101 mit 81.141 Arbeitern vorhanden. Die Hälfte der versicherten Personen arbeitet demnach noch in Handbetrieben. 921 Zigarrenfabriken haben Maschinenbetrieb. Sie beschäftigen 53.856 Arbeiter und Arbeiterinnen und werden gar bald die Handbetriebe überflügelt haben. 150 Zigarettenfabriken mit Motorbetrieb sind vorhanden, in denen 10.022 Arbeitskräfte tätig sind.

Der Bericht läßt die Hungerlöhne der Tabakarbeiterin erkennen. Der Jahresverdienst eines Tabakarbeiters oder einer Tabakarbeiterin betrug nach ihm im Jahre 1907 durchschnittlich nur 608 Mk., in einzelnen Bezirken sogar nur 531 Mk. Damit soll heute auskommen sein! ... Es sind seit Bestehen der Berufsgenossenschaft insgesamt 9699 Unfälle zur Anmeldung gekommen. Davon wurden aber nur 1350 entschädigt. Im Berichtsjahr wurden von 716 gemeldeten Unfällen 81 entschädigt. Die seit dem Bestehen der Berufsgenossenschaft entschädigten Unfälle verteilen sich laut Bericht auf Alter und Geschlecht wie folgt:

Table with 5 columns: Alter (16-21, 21-25, 25-30, 30-35, über 35), Geschlecht (Männlich, Weiblich), and Summa. Data: 16-21: 85(7), 90(5), 341(17), 343(22), 94(4), 953; 21-25: 36(5), 84(5), 129(5), 107(4), 41(1), 397; Summa: 1350.

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen den Zugang in 1907.

Von 1350 Unfallverletzten waren somit 397 Frauen. Bis zu 21 Jahren ist die Zahl der Verunglückten bei beiden Geschlechtern fast gleich. Bis ins späte Alter hinein müssen die Frauen in der Tabakindustrie mitverdienen, denn die obige Statistik weist noch verletzte Frauen auf, die über 60 Jahre alt sind. E. G.

Kellnerinnenleben.

Die Ausbeutung der Kellnerinnen im oberen Erzgebirge zu beobachten, hatte die Unterschriftene mehrmals in Hotels Gelegenheit. Sie machte die Wahrnehmung, daß oftmals auf den Schultern einer Kellnerin das ganze Geschäft ruhte. In einem Fall arbeitete eine Kellnerin von morgens 8 oder 9 Uhr an bis nachts 12, 1 oder 2 Uhr. Sie hatte nicht nur für die Hotelgäste zu sorgen, sondern auch den ganzen Bier- und Zigarrenverkauf im Lokal und über die Straße zu erledigen. Alle Waren mußte sie selbst einlassen und die Kontrolle darüber führen. Sie bediente die Mittagsgäste, buchte die Telefongespräche und kassierte die Gebühren dafür ein. Für das Geld hastete sie selbst. Morgens mußte sie die Gaststuben in Ordnung bringen, Fenster putzen, Gläser waschen, Deckel putzen, das Billard reinigen usw. Zu alledem soll sie frisch und munter sein und schließlich auch noch die Gäste zum Trinken und Sitzen bleiben anhalten. — Die Organisation der Kellnerinnen wird es sich angelegen sein lassen, auch im oberen Erzgebirge Umschau zu halten, um den Kampf gegen die schamlose Ausbeutung aufzunehmen. M. Wadewitz

Aus: Der entfesselte Prometheus.

Von Percy Bysshe Shelley.

Prometheus (zum Geist der Stunde).

Seh denn! von Kennern,
Schnellfüßig, wie der Wirbelwind, getragen,
Zieh' ob den Städten du der Menschheit hin!
Noch einmal tu's der Sonne selbst zuvor
Im schnellen Kreislauf um die runde Welt,
Und während durch die funkenprühende Luft
Dein Wagen schneidet, blas ins Muschelhorn
Und löse seine mächtige Muschel!
Es wird wie Donner sein, der mit dem Klang
Des Schos sich vermischt. — Dann lehr' zurück
Und neben unserer Wotte sollst du wohnen.
Und Mutter Erde, du!

Erde.

Ich hör' — ich fühle!
Ich fühl's, wie deine Rippen mich durchglühn
Und wie du mich berührst, durchrieselt mich,
Die Marmorerven hier entlang, ein Schauer
Bis in des Maries diamantnen Kern!
's ist Leben, o 's ist Freude, und in meinem
Verwelkten, alten, eifigen Körper schiebt
Die Wärme ew'ger Jugend kreisend ein!
So werden denn hinfort die schönen Kinder,
Die liebend ich auf meinen Armen trage,
Die Pflanzen all und was am Boden kriecht,
Und der Insekten farbenschildernd Volk,
Die Tiere all des Wassers und der Luft,
Und was da lebt in menschlicher Gestalt, —
Sie, die bisher nur Pein und Krankheit fogen
Und der Verzweiflung Gift aus meiner Brust,
Sie werden drauß nur süße Nahrung ziehn
Und süße Nahrung geben ein dem andern!
Sie werden künftig alle für mich sein
Wie holde, zarte Schwesterantilopen,
Von einer schönen Mutter, schneeweiß,
Schnellfüßig wie der Wind, genährt
Am klaren Strome zwischen Lilien.
Die tau'gen Nebel meiner Nächte werden
Wie Balsam fluten unter den Gestirnen,
Und nachts geschlossene Blumen werden schlafend
In unweiblichen Farbenmelz getaucht.
Und Mensch und Tier in sel'gen Träumen werden
Sich Kräfte sammeln für den nächsten Tag
Mit allen seinen Freuden, und der Tod
Wird nur die letzte der Umarmungen
Von ihr sein, die zurüchtmmt, was sie gab,
Wie eine Mutter wohl ihr Kind umarmt
Und sagt: Verlaß mich nimmermehr!

Zu Ende.

Von A. R.

Die Nacht kam, die frühe Winternacht. Sie kam in den Wald und lag unter den Tannen und stieg in die nassen Äste. Die beiden Holzhauer sahen sie und legten die blanken Äste neben das Feuer. Das wollte schlafen gehen, seine Seele entwand in einem feinen grauen Rauch, der über den Waldweg zog. Die Männer befaßen die Arbeit des Tages und fanden, daß es wenig war, und fanden, — daß sie alt geworden waren. Sie griffen nach den Taschen und knüpften die Überkleider fest, und ihre harten Hände zitterten. Aber wenn diese Hände die Äste schwangen, dann waren sie so fest wie die Äste alter Eichen. Der Heimweg führte die Männer durch junge Tannen; da war es still. Nur einmal berührten sich ihre Äste und gaben einen harten Klang. Die Männer sahen einander an, sprachen aber wenig. Manches sagten sie zweimal.

„Es ist nichts mehr mit uns, ich bin zu müde.“

„Der Wald frißt uns noch.“

„Ja, der Wald frißt uns noch.“

Dann schwiegen sie.

„Heute ist Donnerstag, gelt?“

„Nein, Mittwoch, dann noch drei Tage bis zum Sonntag. Ach, ich möchte mal einen ganzen Tag auf der Ofenbank liegen, bloß einen Tag.“

„Und morgen gehen wir wieder in den Wald.“

„Alle Tage, wir zwei sterben im Wald; und wer soll dann in den Wald gehen?“

„Wer soll dann in den Wald gehen?“

Die Jungen nicht, die waren draußen im Rheinland. Zuweilen kamen sie und hatten bessere Kleider an und brachten viele Zeitungen mit. Sie saßen an dem schweren eichenen Tisch und redeten davon, daß alles anders werden müsse, daß die armen Leute auch einmal feiern dürften und die alten Männer nicht mehr in den Wald gehen sollten. Solche wunderliche Gedanken hatten die Jungen. Was für wunderliche Gedanken! Und morgen gingen sie doch wieder in den Wald. Daran dachten sie, saßen nach den Ästen und sprachen nichts mehr.

Der Wald war zu Ende, im Dorf wurde ein Licht nach dem andern angezündet. Der Weg wurde schlecht und schmutzig, und sie sahen mit ihren alten Augen nicht mehr nach den Lichtern, sondern auf den Weg. Ein

harter, nasser Wind strich vom Walde her. Sie gingen weiter, die Köpfe gesenkt wie zwei müde Pferde. Am Eingang des Dorfes trennten sie sich mit einem guten Wort.

In der Nacht kam der Sturm und sprang um die Häuser und über die Bäume. Die Fenster zitterten und klirrten, ein heftiger Regen schlug an die Scheiben. Der eine Holzhauer lauschte und lauschte, und der rauhe Sturm fuhr durchs Fenster in seine Seele. Am Morgen waren seine Hände heiß und die müden Augen glänzten. Er redete mit seinem alten Weiblein und sprach: „Mein Schatz,“ trau' und schlug und redete irre. Der andere Holzhauer kam und lehnte die Äste an den Tisch.

„Ganz weg mit der Äst, der Wald hat jetzt Ruhe, und du und ich, wir haben jetzt Geld genug und wohnen in einem schönen Hause, und die Leute gehen alle so leise, so leise. Und ich will ein goldenes Dach über die Kirche bauen lassen. Was bist du so still? Ja ja, jetzt ist's zu Ende mit der Not und der Arbeit; freu' dich, geh' zu und freu' dich und sag's den andern, und jag's dem alten Knecht auf der Mühle, daß er das Wasserrad stehen lasse. Hörst du den Bach? Du hörst ihn doch?“

Der andere ging hinaus, schüttelte den Kopf und ging langsam nach dem Wald. Er ging quer durch den Wald, stieg über die Stämme, die beide gefällt hatten, und schlug mit dem Stiel der Äst an die Bäume. Bald kam er an das tote Feuer. An diesem Tage schaffte er wenig, oft stand er still; ein feiner Regen fiel. Schwere Nebel senkten sich nieder, so daß man nichts mehr sehen konnte. Alles war grau. Und er ging früh und traurig nach Hause.

Die Totenfrau ging an ihm vorbei; sie trug etwas in der Schürze. Nun trat er zur Seite, er wußte, was geschehen war, und zwei Tränen gingen in den roten alten Augen.

Morgen geht er wieder in den Wald — allein.

So alle Tage.

Schwöre, daß du laut rufen willst.*

Von Horace Traubel.

Schwöre! Das ist es, was ich dir sage! Schwöre! Sage nicht Ja und Nein. Mache nicht hier und dort Zugeständnisse. Gib nicht zu, daß deine Sache wahr und falsch sei. Bestehe auf deiner Sache. Bestehe ihre Fehler. Doch beharre bei ihr. Das Fehlerhafte braucht nicht falsch zu sein. Entschuldige dich nicht wegen deiner Fehlgriffe. Schäm dich nicht wegen deiner Irrtümer. Laß dich's nicht kümmern, wenn du dich getäuscht hast. Alles andere kannst du im Stich lassen. Dir selbst sollst du treu sein. Schwöre, daß du dir treu bleibst. Schwöre! Du hast Feinde, wohnen sie auch blickst. Man führt dich in Versuchung. Man bezahlt dich, damit du dich fägest. Die konventionelle Welt bietet dir ihren Luxus, dich zu bestechen. Die Welt bietet dir Komfort und Stellung. Willst du Komfort und Stellung? Oder willst du dich selbst? Schwöre, daß du dich selbst willst. Daß du deine Idee willst. Daß Komfort und Luxus sehr schön sind. Aber daß etwas anderes, weniger Komfortables und Luxuriöses, besser ist.

Schwöre! Rede dir nicht ein, daß du, schlecht oder recht, derselbe Mensch seist. Würde dir nicht das Gewissen anderer auf. Sorge für dein eigenes Gewissen. Freilich, das ist eine schwere Aufgabe. Es ist die schwerste Aufgabe, die es gibt. Nur bei deiner Idee zu beharren. Beharren durch den Schmutz und Schimpf des Alltags. Beharren, nachdem jedermann zu Veit ist. Beharren, ehe jemand auf ist am Morgen. Es ist eine harte Arbeit. Es kostet einen Menschen viel Mühe, hinunterzugraben bis zu den eigenen Wurzeln. Ein anderes Mittel, dorthin zu gelangen, gibt es nicht. Und dorthin gelangen, heißt leben. Oder wenigstens, es versuchen, so weit zu gelangen. Den Versuch aber nicht machen, heißt sterben. Schwöre! Schwöre, daß du mit dir selbst eins werden willst. Schwöre, daß, was auch geschehen mag, dich deinen Genossen zu entfremden, nichts geschehen kann, dich dir selbst zu entfremden. Schwöre, daß du dein ungeschriebenes Ideal nicht den neundreißig Artiteln eines verkücherten gesellschaftlichen Dogmas unterwerfen willst. Schwöre, daß nichts dich dazu bestimmen wird, die blassen Gestalter der überarbeiteten Männer, Frauen und Kinder zu übersehen. Schwöre, daß du laut nach Gerechtigkeit rufen willst. Nicht nach einem Stück Gerechtigkeit. Nicht nach Gerechtigkeit für heute und irgend etwas anderem für morgen. Nicht nach der Gerechtigkeit eines beliebigen andern. Sondern nach der Gerechtigkeit deiner eigenen besten Träume. Schwöre! Schwöre! Schwöre!

Ich bin die Halbheiten satt. Ich bin das Herumprobieren satt. Ich bin die Kompromißleute und Mittläufer und Diplomaten satt. Ich habe es mit allem versucht. Nichts davon hat sich bewährt. Ich bin zu

Bett gegangen, bekümmert über all die Eschung. Ich bin mit demselben Kummer am nächsten wieder aufgestanden. Jetzt schwöre ich, daß ich meilassen auf eine festere Tonart stimmen werde. Ich nicht rechts oder links schauen. Geradeaus willschauen und will ich leben. Ich schwöre, daß ich anderes sehen will, bis ich dies gesehen habe. Ich re, daß alles andere nutzlos ist, bis dies nutzbar gemist. Ich habe mit Nichtigkeit getändelt. Ich habe i Seele warten lassen. Ich habe den Reichtum in Irtrauen gezogen. Ich habe hoher Stellung Ehre ern. Ich habe den Arbeitgeber beim Wort genommen. Schwöre ich, daß ich vom Reichtum und den Dienstes Reichtums nichts wissen will. Und den Arbeitgand die Tyrannei will ich nicht mehr beim Wort na. Nur den freien Menschen und die Freiere will ich Wort nehmen. Lieber als ein halbtreuer Freund mir ein ganzhaffender Feind. Lieber als eine gudese mit halbem Herzen will ich eine schlechte Idait dem ganzen Herzen umfassen. Es wäre mir r, das Kapital hätte ganz recht und die Arbeitst ganz unrecht, als daß die Arbeiterschaft um d'riedens willen sich mit halbem Anspruch begnügt. Ich hätte lieber eine Welt voll ehrlicher Tyrannen, als eine voll ehrloser Hoffschranzen. Die Stärke hätte lieber die Schwäche, auch wenn die Stärke ganz imge Begnugs stünde. Ich will all meine schwach g abschütteln. Ich will all die Schwäche in se, schütteln. Ich will wissen, worauf ich moer, kann in mir und in dir. Ich hätte lieber die Einzelt, ich hätte lieber mich selbst vereinzelt und diand mich in der Vereinzeltung fest, als dich und mit einer ganzen Masse durch lähmenden Kompromiß verächtlich.

Schwöre! Schwöre! Halte dich nicht dabei, nach Signalen Ausschau zu halten. Du kannst selbst Signal sein. Dein länglicher Lohn ist ein Sal. Dein Weib im Sklavendienst ans Haus gefesselt. Die Kinder, deren Jugend an den Türschwellen der Hesen hinsteht. Dies können deine Signale sein. Die Kinder des verworfenen Proletariats. Die Kinder, die in Zukunft Krankheiten anheimsfällt. Die Kinder, die inästischen Glend der Gassen und Gassen kommen und hen. Die können deine Signale sein. Die Atemngiere der Großstadt. Aufbeschmutzte Hüttenwecke. i Zurüh des Morgenarbeiters. Das Zuspät des Narbeiters. Das kann dir Signal sein. Mägen Stür kommen, Regengüsse, furchtbar drohende Windstöße, deine Signale bleiben aufrecht. Sie wurzeln fest und gen hoch in deinem Herzen. Andere Signale versa. Diese bleiben. Die Ungerechtigkeist ist ein Signal. Irräterei ist ein Signal. Jedes üppige Fest, jeder le Tisch ist ein Signal. Jeder Sonnenuntergang und je Sonnenanfgang ist ein Signal. Mag die Welt sichere Hoffnungen selbst trüben. Magst du mit den eigenen Idealen spielen: solange deine Seele gesund eibt, sind die Signale gesichert. Die gewächten Sign: heiliger als die Heilige Schrift, christlicher als die Kruuse. Unsterbliche und in den Träumen, das Leben.

Schwöre! Du hast oft genug nachgegeben. Lange genug hast du den Glauben anderer gegibt. Jetzt fordere ich dich auf, deinen eigenen Glauben glauben. Jetzt fordere ich dich auf, alles an die Hptache zu wagen. Mühselig hast du dich irre führen lassen. Weil es mit kleinen Dingen schlecht gegangen ist, hast du zugegeben, daß es mit der großen Sache nie gut gehen könne. Weil der Feind viel Lärm machepunkte, hast du geschwiegen. Jetzt fordere ich dich z Sprechen heraus. Sprich laut. Sprich nicht nur r die, die hören wollen, sondern für die, die nicht ren wollen. Gib nicht alle Anfangs- und Schlussworte is. Behalte sie für dich. Besonders die Schlussworte. Se nicht Ja, weil es einem Toten oder einem noch Ungorenen weh tun könnte, wenn du Nein sagst. Versucht, nett zu sein. Versuche, wahr zu sein. Lezten Ges wird dir niemand für Schmeicheleien Dank wissen. Jedermann wird dir schließlich für die Wahrheit Darwissen. Wir wollen den Gegner warnen. Vom heigen Tage an machen wir keine Zugeständnisse mehr. Dem heutigen Tage an wollen wir kein Kapitel der Gesichte verbergen, zurückhalten, überschlagen oder ausmei. Alles soll gesagt werden. Und in Worten, die ist schmeicheln. In Worten, die treffen und beißen. In Aufgabe ist zu groß und zu heilig, als daß sie in de abgestandenen Etikette der Höse verändelt werden dür. Wir wollen diesen Kampf auf gleichem Boden auskämpfen. Es darf kein Oben oder Unten, kein Rechts er Links mehr geben. Wir wollen auf dem gemeinsamen Wege verharren. Unser Kampf ist der Kampf r den gemeinsamen Weg. Schwöre!

* Aus „Werkzeuge“, kommunistische Gesänge. Deutsch von O. E. Jessing. München und Leipzig 1907, R. Piper & Co.

Responsible for the translation: Dr. Maria Settin (Jebel). Wilhelmshöhe
Post Fegerloch bei Stuttgart.
Printed and Verlag von Paul Singer in Stuttgart.